

Stv. Koch-Michel, BLG:

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren,

zuerst gilt mein Dank der Verwaltung und auch an Herrn Dr. Kölb für die sicherlich mühselige Arbeit bei der Umstellung dieses Haushaltes. Erfreulich wäre es gewesen, wenn die Umstellung der Haushaltssatzung von der Kameralistik auf Doppik, Geldsegen geschenkt hätte. Jedoch weit gefehlt. Durch die Gliederung in Ergebnis und Finanzhaushalt mit den jeweiligen Teilhaushalten und Produkten, lassen sich kaum noch Zahlen mit den Haushaltsplänen der vergangenen Jahren vergleichen. Nicht gerade rosiges lässt sich jedoch aus dem vorliegenden Zahlenentwurf herauslesen. So müssen schon für 20 Millionen Euro Kreditsumme (2 x 10 Millionen) alleine 800 000 Euro Zinsen aufgebracht werden. Eine enorme Summe. Der aktuelle Schuldenstand scheint erneut rekordverdächtig, auch eine beachtliche Summe und die geschätzten Gewerbesteuererinnahmen sind mit etwa 26 Millionen Euro eingeplant. Dabei kann die Bürgerliste nur hoffen, dass diese optimistische Einschätzung nicht durch die Finanz- und Wirtschaftskrise zunichte gemacht wird. Eine Kommune darf nicht mehr ausgeben als sie Einnahmen hat, ist eine alte Weisheit, die nicht nur für die Private, sondern auch gerade für die öffentlichen Kassen gilt. Meine Damen und Herren, wer diesen Grundsatz verletzt, vergeht sich an den nachfolgenden Generationen. Es sind unsere Kinder und Kindeskiner die am Ende die Quittung für eine Schuldenpolitik über den Verhältnissen bekommen und diesen ungedeckten Wechsel einlösen müssen. Die Schulden von heute vernichten das Eigentum von morgen und die Gestaltungsmöglichkeiten der nächsten Generationen. Vorsicht war und ist geboten, was große Zukunftsprojekte betrifft. Aber mit diesen Wahrnehmungen kommen wir leider zu spät. Das Prestigeobjekt Neubau Berliner Platz erfährt mittlerweile eine Steigerung von fast 50% von unter 40 Millionen auf nunmehr über 72 Millionen Euro. Wir dürfen gespannt sein, wie die Endabrechnung tatsächlich aussieht.

Unerwähnt lassen kann in diesem Zusammenhang auch nicht die Argumentation der Finanzierung des Rathauses durch den MAB. Herr Dr. Kölb die Argumente bezüglich der Rathausfinanzierung in Ihrer Haushaltsrede kann ich so nicht unwidersprochen stehen lassen. Sie haben dem MAB wohl in die Eigenverantwortung entlassen, er hat dennoch keine eigene Rechtspersönlichkeit und gehört mit seinem gesamten Vermögen aber auch mit seinen Schulden der Stadt Gießen. Der geniale Trick besteht darin, dass Sie sagen, er ist jetzt eigenständig. Also muss er auch die bis dahin entstandene Schuldenlast begleichen. Richtig. Aber Sie berechnen, ohne uns jemals die genauen Schulden benennen zu können, einen Schuldenstand von etwa 50 Millionen Euro. Ihnen gehört aber das gesamte Vermögen, die Liegenschaften, das Kanalnetz etc. Nicht Ihnen persönlich, sondern der Stadt Gießen. Wenn Sie schon mit Eigenständigkeit argumentieren, warum lassen Sie dann nicht den Eigenbetrieb die Schulden selber zurück zahlen. Nein Sie gehen diesen Umweg und das hat auch seinen besonderen Charme darin, dass Sie ausgerechnet diese Tilgung des MAB in die Finanzierung des Haushaltes mit eingerechnet haben und dem MAB 6% kalkulatorische Zinsen berechnen, die Sie natürlich auch wieder über

Gebühreneinnahmen der Bürger finanziert werden müssen. Herr Dr. Kölb die spannende Frage ist dabei - leider kann ich Sie Ihnen dann irgendwann nicht mehr stellen - nach Ihren eigenen Angaben kann durch den MAB das Rathaus bis zum Jahre 2012 vollständig abgezahlt werden. Was ist Herr Dr. Kölb nach 2012? Fallen dann goldene Zeiten an für die Bürger, werden dann die Gebühren gesenkt, denn dann haben wir ja keine Tilgungsraten mehr die wir leisten müssen, oder dient die bequeme Einnahmequelle MAB durch die Gebührenzahler für andere spekulative Finanzobjekte? Ich kann das nicht beantworten und ich kann Ihnen diese Frage nicht mehr stellen, ich werde Sie dem zukünftigen Kämmerer stellen müssen.

Meine Damen und Herren, Sie verfahren Jahr für Jahr nach dem Grundsatz: „das einzige was man ohne Geld machen kann sind Schulden“ und keine Umkehr des Trend ist zu erkennen. Kaum vorstellbare Zahlen und vor allem diese Zahlen lassen sich dem Normalbürger nicht mehr vermitteln. Ist das wirklich eine Zukunftsperspektive. Ich habe in meinen Haushaltsreden in den vergangenen Jahren immer wieder angemahnt, dass die Schuldenspirale nicht weiter nach oben gedreht werden darf. Übertragen auf den Haushalt eines Normalverdieners, beansprucht die Stadt bereits einen Dispositionskredit von mehreren Monatsgehältern auf Jahre hin. In der Realität der Bürger würde das Kreditinstitut den Familienvater sicherlich bald zum Gespräch bitten, spätestens dann, wenn er die nächste Erhöhung des Dispositionskredites haben will. Der Sachbearbeiter der Sparkasse würde wahrscheinlich nicht aus dem Staunen herauskommen, wenn ihm derjenige dann mit treuer Miene erklärt, er habe jetzt noch einige Hausmädchen eingestellt und die müssten schließlich auch noch bezahlt werden. Im übrigen ziehe man demnächst in ein schönes neues Heim ein, worauf sich die Mietzahlungen im ersten Jahr verdoppeln würden und ihm sei leider nichts anderes übrig geblieben, als einen zweiten Kredit zu beantragen, weil seine Einnahmen leider zu gering seien. Ganz im Ernst meine Damen und Herren, als Sachbearbeiter würden Sie dem Antragsteller sicherlich kopfschüttelnd jede weitere Aufstockung verweigern. Warum muten wir also den Menschen in unserer Stadt zu, dass so mit ihrem Geld und ihrem Vermögen umgegangen wird. Und warum muten wir den Menschen in unserer Stadt ein Verwaltungszentrum zu, mit erheblich jährlichen Mehrausgaben? Warum muten wir den Menschen im Stadtteil Lützellinden zu, eine Brachialplanung bei der Großfläche Lützellinden? Warum muten wir den Menschen in unserer Stadt Bauchentscheidungen der Magistratsmehrheit zu in Punkto Landesgartenschau, in diesem finanziellen Umfang? Warum muten wir den Menschen unserer Stadt einen Stadtrat zu, der offensichtlich nicht teamfähig ist und die Probleme lieber aussitzt, als sie löst? Warum muten wir den Menschen unserer Stadt eine Bürgermeisterin zu, die diesen Posten eigentlich verhindern wollte und eine Oberbürgermeister der nicht den Mut und die Kraft hat, entscheidende Worte an der richtigen Stelle zu sagen und den Menschen glaubhaft zu versichern in dieser Stadt, das sein Wort gilt?

Meine Damen und Herren, wir sind die Treuhänder des Bürgers und wir haben die Verpflichtung sorgsam und wohlbedacht zu handeln. Nicht um des eigenen Vorteils Willens, sondern um der Allgemeinheit Willen. Das gilt auch und besonders in finanziell schwierigen Zeiten. Wir müssen die Bürger mehr bei diesen Fragen ins Boot

holen, ihnen die Gelegenheit geben Ideen zu entwickeln und Lösungen zu finden. In der Bevölkerung ist sehr viel Kreativität vorhanden und in gleicher Weise auch die Einsicht, dass nicht alles so bleiben wird wie es bisher war. Wir dürfen nicht länger glauben der Erfolg von Kommunalpolitik hängt davon ab, wie viel Kubikmeter Beton und wie viel Quadratmeter Glasflächen wir geschaffen haben. Wir müssen dagegen beginnen, den Erfolg von Kommunalpolitik daran zu messen, dass wir die Bürger und Bürgerinnen ernst nehmen in ihren Anliegen, das wir ihnen entgegenreten und sie fragen was sie möchten und sie einbeziehen. Die besten Lern- und Lehrmöglichkeiten für Menschen, gerade für Jugendliche bereithalten. Das wir ein Flächendeckendes Betreuungsangebot für alle Altersstufen an Kindergärten, an unseren Grundschulen und weiterführenden Schulen und anderen Einrichtungen bereithalten. Das wir die Natur bewahren in der es sich zu leben lohnt. Die Klasse macht es und nicht länger die Masse. Dazu gehört auch, dass der Bereich nicht mehr an der Grenze der eigenen Gemeinde aufhört. Das Miteinander mit seinen Nachbargemeinden muss selbstverständlich werden in der täglichen Praxisarbeit. Die übergeordneten Fragen, auf die wir so bald wie möglich eine Antwort geben müssen lautet weiterhin: Was kann sich die Stadt Gießen und was können wir uns überhaupt noch leisten? Auch in Zukunft und was müssen wir leisten, damit hier eine lebenswerte und liebenswerte Stadt beibehalten wird, mit der wir nicht nur zufrieden sind, sondern in der die Menschen auch glücklich leben und in der sie auch eine Zukunft für sich selber erahnen. Ein „weiter so wie bisher“ kann und darf es da nicht geben. Es muss in Zukunft klare Zielsetzungen geben was machbar ist und was nicht. Der Mut dazu darf auch nicht fehlen, dieses glaubhaft zu machen. Wir müssen alle an diesem großen Ziel der Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit arbeiten. Ich möchte hier zuletzt einmal Konrad Adenauer zitieren, der sagte: „Man darf niemals zu spät sagen, auch in der Politik ist es niemals zu spät, es ist immer Zeit für einen Anfang.“
Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stv. Zippel, FW-Fraktion:

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wie in jedem Jahr spulen wir wieder unser Pflichtprogramm mit der Haushaltslesung und den Haushaltsreden zur 3. Lesung ab. Ich habe eben auch mal bei der Frau Koch-Michel - und mir wird es nicht anders ergehen und den anderen Rednern ebenso - hier in die Runde geschaut um mal zu sehen, wer eigentlich aufmerksam dem jeweiligen Redner hier vorne zuhört. Ich musste feststellen, fast überhaupt niemand. Auch die Presse hört gelegentlich mal zu, unterhält sich aber auch gerne. Den Zuschauern hier oben bietet sich ein Bild wie es nicht sein sollte. Die Haushaltsrede ist mit eine der wichtigsten Reden im Laufe eines Jahres, um die Politik die wir in dieser Stadt leisten, die auch dieser Magistrat leistet, zu bewerten. Aus diesem Grunde haben wir auch in diesem Jahr eine etwas andere Situation. Mit der Einführung der Doppik haben wir eine neue Art der Haushaltsführung und gleichzeitig ist dies der letzte zu verabschiedende Haushalt des Kämmerers Dr. Kölb. Außerdem wurde der Doppikhaushalt mit einem neuen Leiter der Kämmerei - Herrn

During - aufgestellt. Und der evtl. neue Kämmerer wurde heute Abend vereidigt. Insgesamt stehen wir vor einem Mammutwahljahr, in dem für das ganze Jahr Profilierungsversuche vorgezeichnet sind. Wir haben es ja bei der letzten Landtagswahl bereits teilweise erlebt.

Meine Damen und Herren, zuerst zur Doppik. Erfreulicherweise hat sich Herr Dr. Kölb und die Kämmererei mit der Einführung der Doppik beim städtischen Haushalt viel Mühe gemacht. Wir sehen die Einbindung der Stadtverordneten und deren Schulung als gelungen an. Man konnte sich außerdem zusätzlich Informationsmaterial besorgen. Wir haben dies auch über das Stadtverordnetenbüro bekommen, so dass der Einstieg in die Doppik nicht so schwer fiel, wie dies eigentlich ursprünglich mal von dem Einen oder Anderen vermutet wurde. Meine Damen und Herren, auf den Gesamthaushalt einzugehen, mit den verschiedenen Zahlen, ist eigentlich müßig. Denn wir haben das schon in vielen Ausschusssitzungen, in der Anhörung gemeinsam mit den Ortsbeiräten usw. zu genüge getan. Aber, ich habe es bereits eingangs gesagt, es ist auch die Aufgabe die Regierung entsprechend, so wie das in allen Parlamenten ist, dann bei den Haushaltsreden mit anzusprechen. Zunächst noch einmal zum Haushalt. Wie in den vergangenen Jahren ist der Haushalt natürlich geprägt vom Magistrat und der ihn tragenden Koalition und den damit positiv beschiedenen Anträgen der Koalition zum Haushalt. Man muss sich aber auch einmal deutlich vor Augen führen, wie wir dies ja heute Abend auch bei den Einzelabstimmungen gehört haben, keinem Antrag der Opposition wurde beim Ergebnishaushalt zugestimmt, wenn man von inhaltlich identischen Anträgen der Koalition und der SPD zur Wohlfahrtspflege absieht. Gleiches gilt insbesondere für den Finanzhaushalt. Hier wurden sämtliche Oppositionsanträge abgelehnt. Auch bemerkenswert: Es wurden sämtliche Anträge der Ortsbeiräte abgelehnt, bis auf einen Antrag der CDU-Fraktion in Lützellinden zur Sanierung und Umbau des Backhauses. Hier ist aber auch klar zu stellen, dass es einen Antrag in Lützellinden einmal über 70 000 € gab und einen von der CDU über 60 000 €, dem dort die jeweiligen Fraktionen im Ortsbeirat einstimmig zustimmten, statt sich mal auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen, der dann auch hier im Hause zum Haushalt hätte verabschiedet werden können. Soviel nur dazu. Meine Damen und Herren, letztlich hätten die Änderungsanträge von SPD, LINKEN und der Ortsbeiräte aber im Ergebnishaushalt eine Steigerung von insgesamt 864 000 € bedeutet und im Finanzhaushalt eine Steigerung von etwa 1,5 bis 1,6 Millionen €. Außerdem hatte die SPD noch eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von 300 000 € beantragt. Bei allen zusätzlichen Forderungen der Opposition aber auch der Koalition, habe ich in den Änderungsanträgen keine einziges Mal einen Deckungsvorschlag bei Mehrausgaben entdeckt. Egal wer hier im Hause sitzt, Opposition oder Koalition, alle tun immer noch so, als würden die Einnahmen nur so sprudeln und man könnte das Geld der Steuerzahler unbedenklich ausgeben. Alleine SPD und Linke wollten im Finanzhaushalt fast 1,4 Millionen € mehr ausgeben, sagen aber nicht, wo an anderer Stelle dafür das Geld gestrichen wird. Dagegen fallen die Rund 110 000 € der Koalition direkt bescheiden aus, aber auch die Koalition hat dafür keine Deckungsmittel an anderer Stelle angemerkt. Wir von der FW-Fraktion haben in den vergangenen Jahren immer mit Deckungsvorschlägen bei Änderungsanträgen zum

Haushalt gearbeitet - früher - ja. Zu einer ordentlichen Antragstellung und einer unnötigen Aufblähung des Haushaltes sollte dies eigentlich zur Pflicht eines jeden Änderungsantrages zum Haushalt gehören.

Meine Damen und Herren, wir haben zum diesjährigen Haushalt keinen Änderungsantrag gestellt - warum? Kostenwirksame Anträge in kleinerer Größenordnung lassen sich jederzeit aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Ein typisches Beispiel dafür bietet die Koalition. Mit ihrem Antrag auf - man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen - Mittelfestsetzung von 1000 €, Planung einer Gewässerstrukturgüteverbesserung für einen barrierefreien Fuß- und Radweg zwischen der Bahnhof- und Lahnstraße. Meine Damen und Herren, das ist sicherlich für die Koalition intern ein wichtiger Antrag wegen der Grünen, aber letztlich hätte es dazu keines Haushaltsantrages bedurft. Stadtbaurat Rausch baut ja auch den - nach eigener Ankündigung - von uns beantragten Rad- und Fußweg entlang des US-Depots, der bedeutend mehr kosten wird, ohne das es vorher einen Antrag im Stadtparlament gegeben hat, geschweige denn einen Antrag zum Haushalt. So viel zu diesen Beträgen. Meine Damen und Herren, bei den Haushaltsanträgen wird daher von allen Seiten viel Sand in die Augen gestreut um zu dokumentieren wie fleißig man doch ist. An dieser Augenwischerei wollten wir uns nicht beteiligen. Es gibt aber noch andere wichtige Gründe. Wirtschaftsaufschwung, Wirtschaftsabschwung, Rezession, Bankenkrise, Verminderung der Gewerbesteuererinnahme, evtl. Ausfälle auch anderer Steuereinnahmen, bei sich weiter verschlechternder Konjunktur und steigenden Arbeitslosenzahlen, lassen befürchten, dass der vorliegende Haushaltsplanentwurf nicht lange Bestand haben wird und wir sogar evtl. noch einen Nachtragshaushalt verabschieden müssen. Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist geprägt von einem Magistrat und der ihn tragenden Koalition, in der diesmal noch deutlicher als bisher die Kompromisse zugunsten der Grünen durchschlagen. Dies ist nicht abwertend gemeint, sondern das ist das legitime Recht eines jeden Koalitionspartners, seine Interessen in einem Haushalt wiederzufinden. Allerdings muss man sich langsam fragen, wer in der Koalition mittlerweile eigentlich die Hosen anhat. Bis zu diesem Haushalt ist es jedoch so, dass viele unserer, auch im Rahmen der Koalition eingebrachten, Vorschläge aus den Jahren 2001 bis 2006 noch immer in diesem Haushalt enthalten sind. Auch wenn z. B. die Fuß- und Radbrücke über die Lahn jetzt im Zuge der Landesgartenschau gebaut werden soll, so ist es doch unser Verdienst, dass wir diese Anregung in 2001 in die damalige Koalitionsvereinbarungen und dann zumindest als Haushaltsstelle in den städtischen Haushalt eingebracht haben. So gibt es noch viele Beispiele, wie auch unsere Anregungen im Haushalt enthalten sind. Wir wollen, dass beim städtischen Haushalt so schnell wie möglich die Schulden abgebaut werden. Alleine kann die Stadt Gießen dies aber nicht schaffen.Kassettenende -

....darauf habe ich Sie bereits mehrfach in den Haushaltsreden der vergangenen Jahre aufmerksam gemacht. Hier bedarf es einer Grundlegenden Änderung. Das gleiche gilt auch für den Kommunalen Finanzausgleich, der immer mehr gestoppt wird zu Lasten der Kommunen, weil das Land immer mehr Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich für sich beansprucht, als Quasi-Mittel die die Kommune bekommen

soll. Ich erinnere hier nur an Schulen und Kindergärten. Wenn sich die Kommune daran beteiligt, aber hinten herum werden dann die Mittel im kommunalen Finanzausgleich zusammengestrichen. Schulden und Schuldenabbau hat aber auch nur indirekt etwas mit dem neuen Rathaus zu tun. Wir haben das Rathaus mitbeschlossen in unserer damaligen Koalitionszeit. Wir waren in alle Vorgänge zum Rathausneubau mit eingebunden, so dass wir auch auf die von Dr. Kölb vorgesehene Finanzierung und deren Tilgung nach wie vor vertrauen. Wir erwarten, dass auch ein neuer Kämmerer sich intensiv um die Tilgung der Rathausschulden bemüht. Dies leitet mich über zum zukünftigen und dem scheidenden Kämmerer. Zuerst zu Herrn Scherer. Wir erwarten von ihm als zukünftigen hauptamtlichen Stadtrat, die gleiche faire und sachliche Zusammenarbeit mit allen Fraktionen dieses Hauses, so wie dies von Dr. Kölb gepflegt wurde. Sie treten insgesamt für die kommenden Jahre kein leichtes Amt an. Ich gehe davon aus, dass Sie das Amt des Kämmerers übernehmen werden. Der Spagat beim städtischen Haushalt zwischen den notwendigen sozialen Belangen einerseits, den notwendigen Investitionen besonders im Schul- und Kindergartenbereich, aber auch des Schuldenabbaus bei unter Umständen sinkenden Einnahmen der Stadt wird Sie noch viel Kraft und Schweiß kosten. Wenn Sie in der nächsten Stadtverordnetenversammlung auf der Magistratsbank Platz genommen haben hoffe ich, dass Sie den gestellten Aufgaben gerecht werden. Bleiben Sie trotz aller politischen kontroversen Mensch. Dies würde Ihnen Ihre Aufgabe erleichtern. Der nächste Haushalt wird daher maßgeblich von Ihnen aufgestellt werden. Sie übernehmen ein gutes Team der Kämmerei aber Sie sind für die Aufstellung des Haushaltes verantwortlich. Diese Verantwortung kann Ihnen keiner Abnehmen. Ihre Leistung als Magistratsmitglied wird dann daran gemessen werden.

Nun zu Herrn Dr. Kölb. Herr Dr. Kölb, Sie haben sich in den vergangenen Jahren, seit Ihrer Zeit als Kämmerer, sowohl während unserer gemeinsamen Koalitionszeit, aber auch seit dem wir 2006 in der Opposition sind, immer fair und sachlich unserer Fraktion gegenüber verhalten. Trotz manchmal unterschiedlicher Auffassungen, hat es im zwischenmenschlichen Bereich nie Probleme gegeben. Dies war auch für uns Anlass, Sie bei der Wiederwahl zum Kämmerer zu unterstützen. Wir bedauern, dass es nicht gelungen ist ihre Amtszeit bis zum Ende der Legislaturperiode, für die Sie ja eigentlich gewählt wurden, zu verlängern. Dies haben Sie der Koalition zu verdanken, denn das steht so in der Koalitionsvereinbarung drin. Allerdings, und darauf habe ich auch bei meiner Rede zur Wahl eines neuen Stadtrates aufmerksam gemacht, hätte man die Amtszeit des Kämmerers durchaus für einige Monate verlängern können, damit er wenigstens in den „Genuss“ gekommen wäre, nachdem er seit Jahren für das neue Rathaus gearbeitet hat, den Einzug in das neue Rathaus noch mitzuerleben als Kämmerer. Dies wird ihm leider verwehrt. Meine Damen und Herren, ich halte dies insgesamt für ungeschickt. Zwei Jahre mehr Pensionszahlungen an Dr. Kölb, zwei Jahre Gehaltszahlungen an Herrn Scherer, dieses Geld hätte man sich sparen können. Herr Dr. Kölb, im Namen der Fraktion der Freien Wähler darf ich mich bei Ihnen für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Die Umstellung des städtischen Haushaltes haben Sie, auch Dank Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei mit Bravour gemeistert. Wir wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute,

vor allem Gesundheit und für Ihren privaten, persönlichen Bereich, Zufriedenheit und das Ausleben Ihrer vielfältigen Hobbys. Schreiben Sie mal wieder ein Buch. Dem Haushaltsentwurf 2009 werden wir nicht zustimmen können. Aber weil, wie ich ausführte, unsere besetzten Themen aus der vergangenen Koalitionszeit noch im Haushalt verankert sind und weil dies der erste Doppikhaushalt und gleichzeitig der letzte Haushalt vorgelegt von Herrn Dr. Kölb ist, werden wir uns der Stimme enthalten. Danke.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion :

Meine Damen und Herren, im September vorigen Jahres hatten wir die Hälfte unserer fünfjährigen Amtszeit als Stadtparlament erreicht. Deshalb werde ich meinen Schwerpunkt eher darauf legen, eine Halbzeitbilanz der Arbeit dieser Koalition zu ziehen. Neu an dieser Koalition war, dass zu CDU und FDP die Grünen kamen. Dies war notwendig geworden, weil die vorherige Koalition aus CDU, FDP und FW ihre Mehrheit verloren hatte, abgewählt worden war. Es gab auch andere Alternativen, das ist klar. Wenn die Grünen der Unterschied im Vergleich zur vorigen Koalition sind, dann müsste der Beitrag der Grünen in der Stadtpolitik als einer oder der - früher zumindest einmal - ökologischen Partei und einer, das weiß ich, da gehe ich erst einmal davon aus, linken Partei, auch in diesem Sinne erkennbar sein. Denn sie wollten, durch ihren Einstieg in die Koalition, bei allen Kompromissen, auch politische Ziele erreichen, sie wollten mit gestalten. Ich greife jetzt mal ein paar Punkte raus. Die Politik der vorigen Koalition war wenig sozial und ist allerdings, meiner Meinung nach, durch die Beteiligung der Grünen nicht sozialer geworden. Dazu einige Beispiele. Frau Sator hat gesagt, dass wir während der Haushaltsdebatte alle Anträge abgelehnt haben, das ist nun mal so eine gewisse Praxis um sich zu erleichtern. Sie haben aber generell glaube ich unrecht. Sie haben ja wohl doch erlebt, in den Parlamentssitzungen bisher, dass wir durchaus und das bezieht sich nicht nur auf uns Linke, sondern auch auf die SPD, soziale Anliegen von Ihnen, die sonst gekommen sind von der Koalition, durchaus zugestimmt haben. Aber das umgekehrte, dass Anträge sozialer Art von uns Ihre Zustimmung erlebt haben, das habe ich bisher noch nicht erlebt bisher. Na, es gibt eine Masse von Punkten die an sich wichtig ist, also z. B. unser Antrag zum Einschulungszuschuss, der wurde ja abgelehnt, ist dann aber nachträglich, ohne große Genehmigung dieses Parlaments dann doch gemacht worden. Soziale Mängel: Bei Reinigungskräften, die sowieso schon wenig verdienen, wurde eingespart und soll weiter eingespart werden. Die Koalition unterstützte sogar die Stadtwerke dabei, die Gaspreise bis zum April hoch zu lassen, obwohl die Ölpreise schon seit Monaten stark gesunken sind. Was wir weiterhin kritisieren, das werde ich nicht länger ausführen, weil meine Zeit nicht ausreichend dafür ist, was wir aber schon öfters angesprochen haben, die immer noch katastrophale, mangelnde Transparenz. Informationen, was an sich Pflicht ist, werden verweigert, oder nur scheinbar, endlos lange erst gegeben. Mehr Bürgerbeteiligung ist nicht gewollt und wird erschwert. Bei der neuen Geschäftsordnung ist nicht mehr viel für die Ortsbeiräte, was mehr wäre, herausgekommen. Genauso nicht für den

Ausländerbeirat. Die Behandlung der Ortsbeiräte ist ein sehr schlechtes Kapitel. Datenschutz ist bei Ihnen keine Priorität, weiterhin personell unterbesetzt. Seit Jahren immer noch keine Verfahrensverzeichnisse - das ist seit sieben Jahren notwendig. Und die Videoüberwachung des neuen Rathauses spricht auch Bände.

Zwischenruf - nicht verständlich -

Stv. Janitzki:

Ja nun, nur weil wir den hessischen Datenschutzbeauftragten mal wieder eingeschaltet haben und der dann festgestellt hat, eine Überwachung des Eingangsbereiches gibt es nicht. Es gibt überhaupt am Tag keine Überwachung, sondern nur in der Nacht und nur von der Fassade. Aber das werden wir auch noch überprüfen.

Dann werde ich zu dem personellen, zu den hauptamtlichen Magistratsmitgliedern kommen. Wolfgang Deetjen hatte hier gesagt, mit einer Grünen Bürgermeisterin werden neue Akzente gesetzt. Gerade die sehe ich nicht. Sie können mir ja später in ihrem Teil diese neue Aspekte der Bürgermeisterin aufweisen, ich sehe sie nicht. Z. B. wo wurde in der Umweltpolitik sichtbar, dass wir seit zweieinhalb Jahren eine Grüne Umweltdezernentin haben? Etwa als die Uni Gen-Gerste und später Gen-Mais auf dem Gebiet der Stadt Gießen anbauen wollte? Hat sie etwas dagegen unternommen, ich habe es nicht gemerkt. Bei allen Bauvorhaben in der Stadt und Bauvorhaben der Stadt, wo sind da deutliche ökologische Akzente? Es gibt kleine grüne Feigenblätter, mehr nicht. Nein, der Baudezernent hat wie bisher genauso weitergearbeitet und die Umweltdezernentin stand immer in seinem Schatten. Es ist auch schwer sich durchzusetzen gegen den Baudezernenten, das sehen wir ja genauso auch beim Oberbürgermeister. Sie spielte eher dann, das muss ich leider so sagen, eher die Rolle einer Gehilfin, die mit ihrer, das muss ich auch zugestehen, konzilianteren Art, die wenig umweltfreundlichen Vorhaben des Baudezernenten zu verkaufen suchte. Gutes Beispiel dafür, ihre Rolle im Agenda Rat. Alleine sie ist für den Agenda Rat zuständig und verantwortlich. Da müsste man doch die neuen Akzente sehen. Seit Januar 2006 bis Mai 2009 hat der Agenda Rat nicht getagt. Zweieinhalb Jahr Pause, ist das der neue Akzent? Der Antrag zur sozialen Energienutzung bei Bauvorhaben wurde im Rat durch Veto von Rausch und Weigel-Greilich verbessert und dann noch weiter im Ausschuss verbessert, durch Scherer. Die Anforderungen zur Landesgartenschau des Agenda Rates konnten durch das Veto von Rausch und Weigel-Greilich nicht dem Stadtparlament zum Beschluss vorgelegt werden und bleiben somit unverbindliche Empfehlungen. Die geplante Sitzung des Agenda Rates für den 17. November ist von der Bürgermeisterin abgesagt worden. Ich habe den Eindruck, der Agenda Rat soll auf Vordermann gebracht werden. Wo sind ihre Akzente?

Wo sind ihre Akzente für das Jugendamt, für das sie ebenfalls verantwortlich ist? Aufgrund eines schweren Missbrauchsfalles und Versäumnissen des Jugendamtes, beantragt der Jugendhilfeausschuss nach langer Beratung sechs weitere Stellen für den Allgemeinen Sozialen Dienst. Die Bürgermeisterin unterstützt diesen Antrag öffentlich,

auch im Sozialausschuss findet er Unterstützung. Urplötzlich und letzten Endes lehnt die Koalition geschlossen den Antrag ab, bei den Haushaltsberatungen. Somit gibt es für den ASD statt der 6 Stellen nur 2 Stellen die umgeschichtet worden sind und die auch noch befristet auf zwei Jahre. Trotz der sehr begründenden Begründung durch Klaus-Dieter Grothe, ich lese mal das Zitat noch einmal vor: „Der beantragte Stellenbedarf ergibt sich dabei nachvollziehbar aus einer von der Verwaltung vorgelegten, vorsichtig kalkulierten, Zeitbedarfsberechnung für die Pflichtaufgaben des ASD. Das wird dann in schnellen Verfahren wettgemacht. Ist das der Akzent der Dezernentin? Ich denke vermutlich ist sie für die Streichung der vier geplanten Stellen für den ASD nicht selbst verantwortlich, aber es ist ihr Bereich und sie hat es gerechtfertigt. Das zu ihr.

Zu Herrn Dr. Kölb: Ganz kurz. Ich vermute sogar wir von der Opposition werden Herrn Dr. Kölb manchmal vermissen wenn wir den neuen Kämmerer haben.

Zu Herrn Rausch, habe ich anlässlich seiner Wiederwahl schon einiges gesagt. Damals sein übles Spiel beim Bürgerbegehren und das was hier auch schon Hintergrund ist, der Umgang mit dem Agenda Rat. Es ist aber viel hinzugekommen. Sein verletzender Umgang mit Bürgern, Ortsbeiräten und Stadtverordneten. Seine ständigen Konflikte mit den Umlandgemeinden, mit dem Landkreis, obwohl dort meist seine Parteifreunde das Sagen haben. Keinerlei Kompromissbereitschaft. Prozess wegen Pfaffenpfad, Prozess gegen den Landkreis wegen der Abfallgebühren. Genauso zu kritisieren ist die Tatenlosigkeit des Oberbürgermeisters, der letztlich für das ganze die Verantwortung trägt. Aber der wird offensichtlich von Herrn Rausch schon lange nicht mehr für Ernst genommen. In aller Öffentlichkeit fährt er dem Oberbürgermeister über den Mund. Ständig verletzt er seine Informationspflicht dem Stadtparlament gegenüber, selbst gesetzlich vorgeschriebene Auskunft rückt er erst nach nachbohren usw. unvollständig heraus. Letzten Endes ist er als Dezernent nicht tragbar, er schadet dem Ansehen unserer Stadt!

Aber wie schon gesagt, genauso inakzeptabel ist es, wie Herr Haumann tatenlos diesem Treiben zuschaut, wie offensichtlich der Oberbürgermeister nicht in der Lage ist sich gegenüber seinen Dezernenten durchzusetzen. Damit disqualifiziert er sich selber. Die Liste dessen was ich bei Herrn Haumann zu kritisieren hätte, ist lange. Ich will nur zwei Dinge herausgreifen. Denn ansehnlich sein, nett sein und gut zu repräsentieren reicht unserer Meinung nach für einen Oberbürgermeister nicht aus. Für die Beendigung des Projektes „Soziale Stadterneuerung in der Nordstadt“ ist in erster Linie Herr Haumann verantwortlich. Der Nordstadtbeirat der Jahre erfolgreich arbeitete wurde aufgelöst, obwohl das Projekt durchaus hätte fortgesetzt werden können. Der neugegründete Nordstadtverein wird durch die Stadt mit wesentlich weniger Mitteln unterstützt. Als zweiten Kritikpunkt möchte ich seinen Versuch nennen die Leitung des Revisionsamtes ohne Ausschreibung einer Parteifreundin zuzuschancen die, und das ist das Schwerwiegende, eindeutig über die vom Gesetz explizit verlangten Voraussetzungen und Kompetenzen nicht verfügte. Das Revisionsamt ist nach der Kommunalverfassung das wichtigste Kontrollorgan. Es ist unabhängig, an keine

Weisungen gebunden und soll das Finanzgebaren der Verwaltung und natürlich des Magistrats kontrollieren. Wenn die Leitung dieses Amtes mit jemand besetzt werden soll, der gemäß seiner Ausbildung und beruflichen Tätigkeit nicht über die erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen verfügt, dieses Amt auszuführen, dann ist das Kontrollinstrument stumpf, oder vielleicht stumpf gewollt. Das ist ein unterlaufen der hessischen Kommunalverfassung. Schluss.

Meine Halbzeitbilanz für diese sogenannten „Jamaikakoalition“ ist schlecht ausgefallen, wobei der Ausdruck „Jamaika“ mir nicht passend erscheint. Denn grün ist doch kaum zu sehen. Grün, ich hatte das schon einmal gesagt, dient allenfalls als Feigenblatt einer abgewirtschafteten konservativen Koalition. Noch zwei Jahre zum Glück müssen die Gießener Bürgerinnen und Bürger diese Koalition ertragen und das ist auch gut so, nur noch zwei Jahre. Denn diese Koalition gehört abgewählt. Der erste Anfang eines notwendigen Politikwechsels in Gießen kann aber schon in diesem Jahr gemacht werden, mit der Abwahl von Herrn Haumann als Oberbürgermeister. Ich danke Ihnen.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

erstmalige haben wir es diesmal mit einem doppischen Haushalt zu tun. Erfreulicherweise schafft dieser Haushalt mehr Transparenz, aber er verändert leider nicht die besorgniserregende Verschuldung und Herr Dr. Kölb, wird brauchen uns jetzt nicht über Zahlen zu streiten. Fakt ist, der Verschuldungsstand ist einfach entschieden zu hoch! Wir können dieses neue Steuerungsmodell, die Doppik allerdings auch nicht als Allheilmittel betrachten, denn eine Kommune hat naturgemäß andere Aufgaben als eine Wirtschaftsbetrieb. Sie muss Infrastruktur vorhalten, Investitionen u. a. in soziale, kulturelle, beschäftigungspolitische Projekte und Vorhaben investieren. Langfristig denken und handeln. Wenn auch allenthalben eine Privatisierungs- und Kommerzialisierungstendenz öffentlicher Institutionen zu beobachten ist, müssen wir gemeinsam darauf achten, dass der Kernbestand der sozialen, kommunalen Gemeinschaft nicht angetastet wird.

So gibt es erfreulicherweise nicht wenige stadtpolitische Entscheidungen, die über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg getragen werden und ich möchte einige Beispiele nennen:

- Der Ausbau der „U-3-Betreuungsplätze“
- Der weitere Ausbau und die Sanierung von Schulen
- Der 3-Sparten-Betrieb des Stadttheaters
- Kulturelle Projekte wie Giessener Köpfe
- Bauvorhaben wie die Bahnhofstraße, die Braugasse, Projekt Südanlage 10 usw.
- Die grundsätzliche Befürwortung der Landesgartenschau

Diese gemeinsam getragenen Projekte können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik des amtierenden Magistrats und der Koalition im vergangenen Jahr auch eine Politik der Fehlentscheidungen, der Unterlassungen und der bloßen Ankündigungen war.

Dies werde ich im folgenden verdeutlichen und mein Augenmerk

1. auf den Haushalt 2009 legen, und
2. einige ausgewählte stadtpolitische Themen hier benennen.

1. Haushalt 2009

„The same procedure as last year“, muss man leider sagen. Denn Sie fahren unverändert fort, die Schuldenspirale der Stadt in unverantwortlicher Weise nach oben zu schrauben.

Die mahnenden Worte des RP lassen sie offensichtlich unbeeindruckt.

Ich zitiere: „Der Rathausbau führt zu einer ganz erheblichen Ausweitung der Verschuldung. Die damit einhergehenden steigenden Aufwendungen aus Zinsen und Tilgung belasten die Haushalte zukünftiger Jahre auch bei günstigen Rahmenbedingungen ganz erheblich.“

Das heißt in klarer deutscher Prosa:

Sie setzen die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Stadt Gießen „kalten Blutes“ aufs Spiel!

Sie sind und bleiben die Schuldenkoalition!

Ein Stadtcocktail- Schreiber reimte zutreffend spöttisch: „*Schaffe, schaffe Rathaus baue, und net nach de Kosten schaue!*“

Herr Pfeffer, das wäre vielleicht eine Anregung für den 21. Februar.

Die ersten Umzugskartons sind bereits im neuen Rathaus ausgepackt, aber was das Rathaus am Ende wirklich kostet, wissen Sie und wissen wir bis heute noch nicht. Diese Antwort sind Sie den Gießener Bürgerinnen und Bürgern verdammt schuldig! Die von der Koalition favorisierten 1000- Euro-Stühle für den Stadtverordnetensitzungssaal sind für Sie nur Peanuts, sie zeigen aber wie, unsensiblen möchte ich sagen, sie mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen.

Warum, Herr Dr. Kölb, Sie die selbstkritische Frage die Sie in der Haushaltseinbringung gestellt haben: „Können wir das, kann die Stadt Gießen das stemmen?“, und zwar hier die Landesgartenschau meinend, warum Sie diese Frage eigentlich nicht schon vorher beim Rathausbau gestellt haben, bleibt Ihr persönliches Geheimnis, ich befürchte Sie werden es mit in den Ruhestand nehmen.

Ich komme 2. zu ausgewählten stadtpolitischen Themen,

1. Schulpolitik

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Die kontinuierlichen Investitionen in die Sanierung und den Ausbau der Schulen habe ich bereits positiv erwähnt und die sind natürlich eindeutig mit Herrn Dr. Kölb verbunden. Die SPD sieht es als erforderlich an, dass ein Zukunftspaket in Gießen geschnürt wird, unterstützt durch die Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes für die energetische Sanierung der Schulen 600 000 € zusätzlich einzustellen.

Erfreut ist die SPD-Fraktion darüber, dass die Ricarda-Huch- und die Friedrich-Ebert-Schule zu G 9 zurückkehren, die Brüder-Grimm-Schule integrierte Gesamtschule werden will und die Sophie-Scholl-Schule auf dem Weg ist, zu einer 10-jährigen integrierten Gesamtschule zu werden. Zeigt es doch den Wunsch der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerkollegien sich zu verabschieden von der fragwürdigen Schulzeitverkürzung – G8- und längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

Wir müssen uns verabschieden vom „Stände-Schulwesen“ und benötigen stattdessen „ein demokratisches Schulwesen“. Wenn ihnen das bekannt vorkommt, so kamen diese Worte aus dem Mund des scheidenden Direktors Breidert der in der vergangene Woche zutreffend. Er betonte sie und weiter:

„Die verzweifelte Versuche in Hessen, die Hauptschule salonfähig zu machen, können nicht funktionieren“.

„Eltern und Kinder spüren, dass sie mit dieser Schule keine Perspektiven haben. Die Hauptschule führt zu einer Ausgrenzung.“

Dieses Gespür ist offensichtlich bei dem Giessener Schulträger und auch bei der hessischen Landesregierung überhaupt nicht entwickelt, im Unterschied zu anderen CDU geführten Landesregierungen im Übrigen. .

Ich komme 2. zur Kinder- und Familienfreundlichkeit:

Wie ich bereits bemerkt habe, sind von Seiten der Bürgermeisterin sehr bemerkenswerte Schritte gegangen worden, im Bereich Ausbau der „U-3-Betreuungsplätze“.

Die miserablen Ergebnisse bei der Unicef Kita- Vergleichsstudie, das Zwischenergebnis der Untersuchung des Jugendamtes, nachdem viele Eltern ihre Berufszeit nicht mit den Öffnungszeiten der Kitas übereinbekommen, die gestiegenen Anforderungen an Betreuung und Bildung legen nahe:

Wir brauchen zusätzliche ErzieherInnen.

Es ist unverständlich und wird der übertragenen Verantwortung nicht gerecht, wenn die Bürgermeisterin und der gesamte Magistrat sich beharrlich weigert, diese notwendigen Investitionen in unserer Kinder, diese notwendigen Investitionen in die Zukunft unserer Stadt, vorzunehmen.

Städte wie Frankfurt machen es uns vor: Allein 2008: 200 neue ErzieherInnen; Aufstockung des Personals auf 2 BetreuerInnen pro Gruppe.

Der Giessener Magistrat misst mit zweierlei Maß:

- Geld für einen Kurator „Neue Kunsthalle“: ist da
- Aufstockung der Magistratsgehälter aufgrund einer fragwürdigen Einwohnerzahlberechnung: kein Problem
- Geld für einen 4. Dezernentenposten: selbstverständlich

Mittel für 6 zusätzliche Erzieherinnen, für 3 zusätzliche, dringend vom Jugendhilfeausschuss empfohlene Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter für den Allgemeinen Sozialen Dienst, für ½ Stelle für die Musikschule für den Bereich musikalische Frühförderung in den Kitas: Fehlanzeige!

Dies ist eine völlig falsche politische Prioritätensetzung, ausgerichtet an Status- und Prestigedenken, nicht aber an den lebenswichtigen Bedürfnissen des Großteils unserer Einwohnerschaft.

Der Magistrat versteckt sich dabei gerne hinter der Kommunalaufsicht.

Ich wünsche mir einen Magistrat, der sich nicht einen jährlichen Rüffel wegen davonlaufender Rathauskosten einhandelt, sondern einen Magistrat, der dem RP in einem Konflikt um gesellschaftlich unbestrittene und notwendige Investitionen, nämlich in die Betreuung und Bildung unserer Kinder, die Stirn bietet.

Dabei könnte er sich ein verdammt gutes Beispiel an dem Staufenberger Magistrat und den Eltern dort nehmen, die klar vertreten: „Kein Sparzwang auf Kosten unserer Kinder.“

Ich komme zum 3. Thema: Neues Wohnquartier in ehemaligen US- Siedlungen

Ein wegweisender Schritt für die städtebauliche Entwicklung Gießens ist, dass die stadteigene Wohnbau GmbH und die private Vivacon AG als Bieterkonsortium zum Erwerb der ehemaligen US.-Siedlungen auftreten.

Die zukünftige Nutzung der US- Konversionsflächen ist eine einmalige historische Chance für die Stadt Gießen, einen neuen Stadtteil zu entwickeln.

Hier hat Oberbürgermeister Haumann gerade noch rechtzeitig die richtigen Weichen gestellt und eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Entscheidung des Jahres 2008 getroffen.

Aber leider musste und muss man den Eindruck gewinnen, dass er nicht die notwendige Rückendeckung seiner Kollegen im Magistrat und auch in der CDU hat. Von „Staatsgläubigkeit“ sprach CDU-Chef Möller, als die SPD, ich glaube Anfang 2008 oder war es noch früher, diesem Vorschlag schon in die Öffentlichkeit brachte. Stadtrat Rausch äußerte Skepsis wegen der Versorgungsleitungen, und Stadtrat Dr. Kölb betonte nachdrücklich – so auch erneut in seiner Haushaltseinbringung -, dass die

Wohnbau für dieses Projekt weder Kredite noch Bürgschaften der Stadt erhalten werde.

Dass der Oberbürgermeister dieser apodiktischen und politisch falschen Setzung des Stadtkämmerers gegenüber einem leistungsfähigen, erfahrenen, dem Gemeinwohl verpflichteten und nicht an Profitinteressen orientierten Unternehmen mit einem tragfähigen Nutzungskonzept nicht energisch entgegentritt, bleibt unverständlich. Besonders, wenn man täglich hört und liest, dass miserabel wirtschaftende, „notleidende“ Banken und Teile der Auto-Industrie mit staatlichen Milliarden gefüttert und „beschirmt“ werden.

Bleibt uns nur, im Interesse unserer Stadt gemeinsam auf den positiven Bescheid der BIMA zu hoffen und dann in der Umsetzung gemeinsam die Position des scheidenden Kämmerers zu überprüfen.

4. Baumaßnahmen und –projekte

Dass sich in Gießen baulich einiges getan hat habe ich bereits erwähnt. Doch gibt es auch im Baubereich viel unerledigtes, viel Sand im Getriebe und falsche Schwerpunkte.

Leider gilt das, was kürzlich zu lesen war „Unterm Bahnhof geht es voran“ nicht für den Bahnhofsvorplatz. Wir vermuten, dass der Bahnhofsvorplatz ein Verschiebebahnhof innerhalb des Magistrats zum Opfer gefallen ist und erwarten in diesem Jahr entscheidende Schritte zur Entwicklung des Bahnhofsvorplatzes. Eine Querschnittaufgabe von Städtebau und Familienfreundlichkeit, d. h. ein wunderbar geeignetes Thema für das sogenannte „Vieraugenprinzip“, ist das Vorhaben „Barrierefreiheit“.

Die SPD fordert Sie auf, erste gemeinsame Beschlüsse und Maßnahmen auf dem Weg zu einem „barrierefreien Gießen“ zu gehen und dafür Fahrstühle am Selterstor und am Stadttheater in Angriff zu nehmen.

Geben Sie im Interesse der Betroffenen Ihre unverständliche und bürokratische Verweigerungshaltung endlich auf!

Ein umstrittenes Bauprojekt ist das geplante Großkino.

Die CDU formulierte gar, dass die Bürgerinnen und Bürger einen „Anspruch auf ein Großkino“ hätten.

Mit Verlaub:

Einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, Ja!

Einen Anspruch auf ein barrierefreies Gießen: d'accord!

Einen Anspruch auf einen gut ausgebauten ÖPNV: Sicher!

Aber einen Anspruch auf ein Großkino: Unsinn!

Wenden wir uns den Fakten zu: Der Standort Großkino wurde deshalb ausgewählt und ich erinnere mich noch ganz genau, weil dieses Filetstück der Stadt zu Einnahmen

verhelfen sollte. Komischerweise ist von den Einnahmen inzwischen komischerweise überhaupt keine Rede mehr. Wie auch immer: Umstritten ist beim Kinobau weniger das „Was“ , sondern mehr das „Wie“.

Am Beispiel der BI „Berliner Platz“ möchte ich verdeutlichen, dass in Gießen ein dringender Entwicklungsbedarf hin zur Bürgerkommune besteht.

Was ist das Selbstverständnis der BI? Ich zitiere einen Vertreter:

„ Die BI kämpft nicht gegen das Kino. Wofür wir kämpfen ist eine gestalterisch attraktive, städtebaulich und wirtschaftlich nachhaltige und für die gesamte Bürgerschaft gewinnbringende Lösung im „Gestaltungsensemble Berliner Platz““. Und sie möchte einbezogen werden. Wie ist Baurat Rauschs Antwort darauf?

„Der Kinobau wird kommen....Da wird nichts mehr geändert“

Dies ist einmal mehr eine Missachtung von Bürgerinnen und Bürgern!

Ich setze dagegen:

„Die Bürgerbeteiligung in Gießen muss und wird kommen. Dazu gibt es keine demokratische Alternative!“

Denn: Bürgerschaftliche Beteiligung ist das Gebot der Demokratie und nicht überheblich als lästige Einmischung zu begreifen.

Nicht nur die Bürgerbeteiligung ist bei dem Giessener Magistrat höchst unbeliebt, auch die Informationspolitik lässt mehr als zu wünschen übrig.

Die Art und Weise des Umgangs mit BürgerInnen, mit gesellschaftlichen Akteuren, mit anderen Parteien und Fraktionen/mit der Opposition, das wurde hier ja auch schon aufgezeigt, aber auch innerhalb des Magistrats, der Koalition ist eine Frage des politischen Stils, der politischen Kultur und des politischen Selbstverständnisses.

Der im amtierenden Magistrat und der Koalition bestehende Mangel zeigt sich

- a) im teilweise respektlosen Umgang mit der Opposition:
- b) im ungeschickten, wenig konstruktiven Umgang mit gesellschaftlichen Akteuren, BI Berliner Platz habe ich genannt, ich erinnere an Lichtplaner Hägele, ich erinnere an die „Prozesseritis“ - die allenthalben zu allerorten von der der Magistrat offensichtlich befallen ist.
- c) im konfliktreichen, z.T. gegenläufigen Agieren innerhalb des Magistrats und der Koalition: Stichworte „Aulweg- Connection“, selbtherrliche Installationen von Video-Kameras am Rathaus Berliner Platz und Revisionsamtleitung wurde auch schon hier genannt.

Ein Oberbürgermeister trägt die Gesamtverantwortung für eine Stadt.

Deshalb frage ich Sie, Herr Haumann:

Wo war Ihr konstruktiver Beitrag im Konflikt um Pfaffenpfad?

Wo war Ihr Beitrag im Konflikt mit dem Landkreis?

Wo im Rechtsstreit mit der Baufirma Berliner Platz?

Wo im Konflikt mit der BI Berliner Platz.

Wo überhaupt beim Rathausprojekt?

In den aufgezählten Bereichen hätten wir uns Engagement von Ihnen als Oberbürgermeister, gewünscht!

Mein abschließendes Fazit:

Gießen ist eine sympathische, vielfältige, tolerante und weltoffene Stadt. Gießen ist eine Stadt mit großen Potentialen und großen Stärken und einer engagierten, interessierten und sehr, sehr aktiven Bürgerschaft. Gießen wird aber von ihnen unter seinen Möglichkeiten gehalten.

Dauerkonflikte innerhalb des Magistrats und der Koalition schaden unserer Stadt! Es bleiben wichtige Aufgaben unerledigt, und es fehlen neue, zukunftsorientierte Ideen aus der Mitte der politisch Verantwortlichen. Das besondere „Giessener Wahlergebnis“ am 18. Januar hat gezeigt, dass die Giessener BürgerInnen davon genug haben. Sie werden dem bald auch gezielt Ausdruck verleihen können!

Ein „unverdächtiger“ Kronzeuge soll abschließend zu Wort kommen:

„Jamaika soll eine schöne Insel sein, aber grüne (ich ergänze: soziale) Inhalte können Sie in der Pfeife rauchen“, bemerkte kürzlich einer der beiden grünen Spitzenkandidaten, Jürgen Trittin, zu solchen Bündnissen.

Es kann nicht darum gehen, nur die „gefühlte Lebensqualität“, zu verbessern wie OB Haumann im Zusammenhang mit den Aufgaben der Marketing GmbH sagte. Wir können und wollen die realen Lebensumstände und damit die Lebensqualität für die Mehrheit der Giessener BürgerInnen verbessern. In Gießen steckt mehr!

Deshalb schließe ich mit dem vielsagenden Motto der Landesgartenschau: „Auf zu neuen Ufern!“

Danke schön!

Stv. Scherer, FDP-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

bevor ich zu meinem eigentlichen Wortbeitrag zum Haushalt komme, vielleicht ein kurzes Wort der Replik.

Bei Herrn Zippel habe ich nur kurz anzumerken:, Herr Zippel, nicht alle Anträge der Opposition sind abgelehnt worden. Wir haben heute just einen Antrag der Opposition beschlossen. Man muss da vielleicht etwas aktueller sein bei der Rede.

Aber ich wusste nicht, ob ich eben bei dem Redebeitrag von Frau Grabe-Bolz lachen oder weinen sollte. Wahrscheinlich beides. Ich kann ja schon verstehen, Frau Grabe-Bolz, wenn Sie eine gewisse Wahrnehmungsstörung haben, was die Stühle für den neuen Sitzungssaal angeht. Ich kann mich erinnern, dass die Stühle von den Stadtverordneten ausgewählt wurden und nicht vom Magistrat. Die Stadtverordneten haben sich bewusst für ein bestimmtes Modell entschieden. Offensichtlich haben Sie auch verdrängt, Frau Grabe-Bolz, dass dieser Sitzungssaal nicht nur der Tagungsraum der Stadtverordneten ist, sondern dass er auch für Tagungen genutzt werden soll. Oder Sie hängen der Vorstellung an, dass man Tagungsmitglieder gewinnt mit Holzstühlen. Das mag natürlich sein, aber das ist realitätsfern. Aber was mich tatsächlich etwas irritiert hat, ist Ihr Beitrag zu dem Großkino und was Sie dort behauptet haben. Einmal ist es so, dass Sie auch - unbewusst möglicherweise - verdrängt haben, dass ein ganz wesentliches Argument für diesen Standort war die Belegung dieses Platzes, in direkter Nähe zum Kulturrathaus, in direkter Nähe zur Kongresshalle und zum Stadttheater. Das ist ein ganz zentraler Platz und die Koalition verspricht sich vor allem eine Belegung dieses Platzes. Was wir nicht wollen ist ein abends dunkles Rathaus, wo sich die Bürger nicht hintrauen.

Dann ein Wort zur Bürgerliste. Was werfen Sie uns eigentlich vor? Was werfen Sie dem Magistrat vor und was werfen Sie uns vor? Sie kritisieren, dass die Bürgerinitiative nicht ausreichend in diesen ganzen Prozess um das Kino eingebunden wurde. Korrekt?

Was war zu dem Zeitpunkt, als der Bebauungsplan ausgelegt wurde zum Berliner Platz, wo waren da die Mitglieder der Bürgerinitiative und haben sich kundig gemacht oder bei dem Bebauungsplanverfahren eingebracht? Ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgend einen Beitrag dazu gesehen hätte. Das zweite ist, wer ist verantwortlich für dieses Kino, für die dortige Planung? Verantwortlich das sind wir hier. Eine Bürgerinitiative ist demokratisch nicht im Sinne eines Stadtverordneten legitimiert. Wir sind im Gegensatz legitimiert. Wir müssen uns verantworten für das, was draußen entsteht, auch für ein solches Kino. Angenommen, was wir alle nicht hoffen, das Projekt misslingt dort. Dann sind diejenigen daran Schuld, die hier in diesem Raum sitzen. Eine Bürgerinitiative wird dann keine Verantwortung übernehmen. Und sie vergessen auch eines. Sie vergessen, dass diese Bürgerinitiative zwar besteht und dass sie auch eingebunden wurde. Es gab ja, wie Dr. Kölb mitgeteilt hat, mehrfach Besprechungen und Vorstellungen von diesem Projekt. Aber es gibt auch

eine andere Bürgerinitiative und die wird hier ausgeblendet, vielleicht weil sie nicht so aktiv ist. Das ist nämlich die Aktion für dieses Kino an diesem Platz. Wenn ich mich dunkel erinnere, sind die Zahlen von der Unterstützung, die diese Aktion erfährt, ein etwas anderes Kaliber als die Zahlen der Mitglieder der Bürgerinitiative, die für eine Veränderung dieses Objektes sind. Ich muss also schon aufpassen, dass ich mit dem rechten Maß agiere. Einbeziehung der Bürgerinitiative, Anhörung, gerne. Aber es gibt parlamentarische Mittel und als der Bebauungsplan aufgestellt worden ist und wir immer gesagt haben, das ist ein idealer Standort für ein Kino, hat sich niemand gemeldet, der gesagt hat: „Ich hätte da aber Bedenken!“

Aber kommen wir zu meinem eigentlichen Redebeitrag. Ich will anfangen mit dem, was alle Redner schon gemacht haben, mit einem ganz großen Lob an die Kämmerei. Nicht nur für die Erstellung des Werkes, sondern auch für die Unterstützung der Fraktionen beim Verstehen dieses Planes. Die Mitarbeiter der Kämmerei und vor allem ihr Leiter, Herr During, waren für uns immer ansprechbar und halfen mit Rat und Tat. Dafür ganz herzlichen Dank. Ich will aber auch den Dank ausweiten auf das Stadtverordnetenbüro, denn diese Vorlage, die wir heute Abend hatten während der 2. Lesung, die hat dazu geführt, dass wir uns nicht lange über die einzelnen Formalien aufhalten mussten. Das ging so flott, wie ich es noch nie erlebt habe bei der Verabschiedung und der Diskussion bei der zweiten Lesung. Ein sehr gutes Verfahren und ich glaube, das ist auch dazu geeignet in Zukunft praktiziert zu werden.

Gießens erster doppische Haushalt ist gekennzeichnet von drei Kriterien, die sich nach unserer Ansicht allerdings von den bisherigen Haushalten nicht wesentlich unterscheiden. Das eine Kriterium ist, dass nach unserer Ansicht die Einnahmen noch immer zu gering sind. Das ist leider ein Fakt. Ursächlich hierfür sind nach unserem Erachten die zu niedrigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Es ist daher notwendig, Gießen als attraktiven Gewerbestandort zu profilieren. Gute Ansätze sind gemacht, Beispiel Medizintechnik, Beispiel Biomedizin. Es muss aber noch weiter gelingen. Die Koalition wird alles tun und hat auch in der Vergangenheit schon vieles getan, damit es dazu kommt. Wir haben umfangreiche Bebauungspläne mit Gewerbeflächen beschlossen, wir haben mit der Rahmenplanung für den Technologiepark am Leihgesterner Weg eine nach meiner Sicht zukunftsweisende Entwicklungslinie vorgegeben, und wir haben den Handelsstandort Gießen durch Installation der BIDS und der anstehenden Aufwertung der Fußgängerzone gesichert, haben eine Stadtmarketinggesellschaft inszeniert und den Messestandort Gießen geschützt. Die von uns auf den Weg gebrachten Maßnahmen sind langfristig geeignet, die Gewerbesteuereinnahmen und damit die verfügbaren Finanzmittel für die Stadt Gießen ...KassettenendeDas ist ein hoher Betrag, aber er ist gerechtfertigt. Gerechtfertigt zum einen durch die gesamtwirtschaftliche Wetterlage, Schlechtwetterlage muss man wohl eher sagen. Investitionen gerade der öffentlichen Haushalte sind ein ganz wesentliches Instrument, um der konjunkturellen Krise zu begegnen. Es ist richtig, dass die öffentlichen Haushalte in schlechten Zeiten investieren, um einen Beitrag zur Wiedererstarkung der Wirtschaft und vor allem des Handwerks zu leisten. Mit dieser Überzeugung stehen wir in Gießen auch nicht alleine, sondern befinden uns in bester

Gesellschaft. Egal ob sie schwarz/gelb wie in Hessen oder schwarz/rot wie in Berlin gekleidet ist. So falsch kann der von uns in Gießen eingeschlagene Weg nicht sein. Wichtig ist allerdings, in was wir investieren. Da sind unsere Investitionen zukunftsträchtig. Von den vorgesehenen Investitionen fallen ganz wesentliche Teile auf Vorhaben für Kinder. Das sind für die Kitas über 4 Millionen, für die Schulen 7,1 Millionen. Für den Umweltbereich 1,6 Millionen, und da sind für die Erneuerung der Straßen 5,5 Millionen und für die Stadtsanierung auch noch einmal 5,1 Millionen. Diese Investitionen wirken gleich zweimal. Einmal zum Zeitpunkt der Investition, wenn nämlich den Handwerksbetrieben die Aufträge erteilt und damit die Arbeitsplätze gesichert werden. Und zum anderen nach der getätigten Investition langfristig, wenn die Kinder von besseren Schulen und Kindertagesstätten und die Bürger von einer sanierten, ordentlichen Stadt profitieren. Von diesen Investitionen meine Damen und Herren, reut mich kein einziger Euro. Aber haben Sie sich einmal gefragt, warum diese Investitionen so hoch sind? Warum schon in den Jahren 2001 - 2008 die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die FW und FDP, insgesamt 238 Millionen Euro brutto investiert haben in Gießen, also fast 30 Millionen jährlich im Schnitt. Der Grund liegt in der davorliegenden Zeit. Ich muss es leider auch noch einmal anführen. Als von der damaligen rot-grünen Mehrheit in den 16 Jahren ihrer Verantwortung nur lediglich 300 Millionen insgesamt investiert wurde, im Schnitt also nur 18,75 Millionen. Dieser Investitionsstau musste aufgelöst werden und daran arbeiten wir noch bis heute. Von ganz wesentlicher Bedeutung wird sein, dass bei einem anspringen der Konjunktur hier nicht vergessen wird die geernteten Früchte auch wieder einzufahren, sprich die bis dahin aufgelaufenen Schulden wieder durch die zu erwartenden höheren Einnahmen zu tilgen. Dies stellt eine ganz besondere Verantwortung für uns alle dar, die wir gegenüber den nachfolgenden Generationen in Gießen haben. Meine Damen und Herren, ich möchte damit auch schon meinen Beitrag zu diesem Haushalt in dem Punkt abschließen, sondern ich möchte ebenso wie Frau Grabe-Bolz auf drei Punkte kommen, die mich berührt haben und ich möchte die Gelegenheit ergreifen, zu diesen drei Punkten kurz Stellung zu nehmen.

Das erste ist die Forderung, die auch von der Frau Grabe-Bolz angesprochen wurde, nach einem barrierefreien Gießen, verbunden mit einem Vorwurf an die Koalition, hier untätig zu sein. Ich habe Frau Grabe-Bolz kürzlich in der Presse gelesen mit dem Zitat: „Was nützt eine einstimmige Willenserklärung des Stadtparlaments zur Umsetzung des hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes, wenn den Worten nicht endlich auch Taten folgen?“ Korrekt?

Diese Aussage ist richtig. Sie ist aber auch falsch. Richtig daran ist, dass Worten Taten folgen sollten, da sind wir uns einig. Aber falsch ist, dass die Koalition versprochen hätte, Gießen mit einem Schlag barrierefrei zu machen. Die Koalition hat, wie alle anderen Fraktionen in dieser Stadtverordnetenversammlung auch, dafür gestimmt, das hessische Behinderten Gleichstellungs-Gesetz für die Stadt Gießen anwendbar zu machen. Denn die Geltung für die Kommune hat dieses Gesetz für sich gar nicht beansprucht. Nur durch unseren Beschluss ist dieses Gesetz überhaupt in Gießen anwendbar. Die SPD und ihre Oberbürgermeister-Kandidatin verkennen aber, dass es

zur Erreichung von Barrierefreiheit in dem hessischen Behindertengleichstellungsgesetz gar keine Verpflichtung gibt, bei baulichen Missständen von sich aus aktiv zu werden. Das ist das, was Sie hier immer verschweigen. Die Herstellung von Barrierefreiheit ist nämlich nur bei Neubauten oder großen Um- oder Erweiterungsbauten öffentlicher Gebäude notwendig. Das, meine Damen und Herren, geschieht. Bei allen Neubauten und größeren Umbauten in kommunaler Trägerschaft werden die Vorgaben des Gesetzes selbstverständlich beachtet. Wer über die gesetzliche Verpflichtung hinaus Barrierefreiheit schaffen möchte, der kann das zwar politisch fordern, sollte dann aber auch sagen, dass es eine politische Forderung ist und wie er diese Maßnahmen bezahlen will und welche Ausgaben zu Lasten welcher Menschen dafür gestrichen werden sollen.

Bei der uns übertragenen Verantwortung für die öffentlichen Gelder müssen wir, bei allem Respekt auch vor dem Anspruch Behinderter auf gleichberechtigter Teilhabe am öffentlichen Leben, aber auch immer darauf schauen, wie der größtmögliche Wirkungsgrad kommunaler Gelder erreicht werden kann. Bei dieser Entscheidung sind natürlich die Interessen der behinderten Mitmenschen im Auge zu behalten. Es darf zu keiner Diskriminierung kommen, da sind wir uns einig. Bei Ihrem Vorstoß aber in Bezug auf das Stadttheater sehe ich die Gefahr, dass wir keine Diskussion darüber führen, wie eine Diskriminierung behinderter Menschen an der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verhindert werden kann, sondern ob bei einer Umsetzung Ihrer Pläne gehbehinderte Menschen möglicherweise gegenüber anderer behinderter Menschen privilegiert werden. Eine solche Diskussion wäre fatal und sollte auf jeden Fall vermieden werden. Ich gebe auch zu, für mich persönlich nur schwer nachvollziehen zu können, wieso es für einen Rollstuhlfahrer, der in das Obergeschoss des Stadttheater möchte, denn das Untergeschoss ist ja tatsächlich barrierefrei, unzumutbar sein soll, wenn ihm geholfen wird die Treppe zu überwinden. Ich frage mich in der Tat: Gehört denn die Hilfeleistung in unserer Gesellschaft nicht mehr zu den menschlichen Tugenden? Ist es mittlerweile ein gesellschaftliches Tabu, die Hilfe eines anderen Menschen anzunehmen. Ich persönlich glaube nicht, dass es um unserer Gesellschaft so schlecht gestellt ist.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, das ist die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich Tätigen. Ich habe das meiste, was ich dazu vorbereitet habe, eben schon gesagt. Aber eines möchte ich noch, mit Blick auf die Diskussion die wir in der nächsten Sitzung zu führen haben, sagen. Wenn man sich die Preisentwicklung seit 1989 ansieht und wenn man schaut, was andernorts für angemessen als Aufwandsentschädigung angesehen wird, dann frage ich mich ernsthaft, mit welchen sachlichen Argumenten man eine Erhöhung dieser Aufwandsentschädigung ablehnen kann. Ich muss mich auch fragen, ob der Opposition, die sagt, sie wollen das nicht, mit Ausnahme von Frau Koch-Michel, die - und das kann ich nachvollziehen - gesagt hat: „Ich enthalte mich.“ Man muss sich auch fragen, sind Ihnen die Kosten nicht weggelaufen, jedem einzelnen? Ich glaube nämlich, ihnen geht es genauso. Den meisten Ihrer Fraktion wird es so gehen wie die Überzeugung, die bei der Koalition in diesem Punkt gefunden wurde. Und wenn Sie

sagen, das sei das falsche Signal an die Öffentlichkeit zum falschen Zeitpunkt, da kann ich nur sagen: Erstens gibt es nie den richtigen Zeitpunkt und zweitens, Gewerkschaften treten jedes Jahr für Lohnerhöhungen ein, senden die dann auch immer die falschen Signale aus? Das kann man als nicht vergleichbar ansehen, aber ich sehe das schon. Es geht einfach darum, dass man einen bestimmten Ausgleich für tatsächlich Aufwendungen bekommt und wenn diese Aufwendungen teurer werden, dann muss man sich auch die Frage stellen, ob nicht dieser Ausgleich angepasst wird. Meine Damen und Herren, der Herr Möller hat es eben schon angedeutet in dem Redebeitrag zu diesem Tagesordnungspunkt zum Haushalt. Wenn Sie wirklich meinen, dass Ihr persönlicher Aufwand mit der derzeitigen Aufwandsentschädigung ausreichend abgegolten ist, dann müssen Sie sich ja nicht persönlich an diesen höheren Aufwandsentschädigungen bereichern. Spenden Sie die Differenz an Bedürftige und wenn Sie dann im nächsten Jahr hier an dieses Pult gehen und weisen mir das nach, dann nehme ich ihre Kritik, die Sie an dieser Erhöhung anbringen, ernst.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen, der mir auch seit langem im Grunde genommen auf der Seele liegt. Wir werden heute über drei Vorlagen zu entscheiden haben, bei denen es um etliche Fragen an den Magistrat geht. In fast jeder Stadtverordnetenversammlung werden solche Fragenkataloge vorgelegt und beschlossen. Beschlüsse, die die Verwaltung abzarbeiten hat. Da es sich bei Berichtsansträgen um das Informationsrecht der Stadtverordnetenversammlung handelt, haben wir als Koalition solche Anträge in der Regel mit getragen. Auch wenn uns die Sinnhaftigkeit mancher Fragen nicht immer einleuchtet. Ich glaube mittlerweile aber, dass die vom Magistrat oft sehr ausführlich erteilten Antworten nicht einmal von der fragstellenden Fraktion vollständig gelesen und zur Kenntnis genommen werden. Wie komme ich zu dieser Annahme? Ich habe festgestellt, dass auf die Antworten des Magistrats in aller Regel keine Reaktion durch die fragstellende Fraktion erfolgt. Weder im Sinne einer politischen Initiative, noch im Sinne eines politischen Presseberichtes. Wenn eine vom Magistrat erteilte Antwort ohne jegliche Reaktion bleibt, dann gibt es für mich eigentlich nur zwei mögliche Gründe. Die erste Antwort wäre, dass diese vom Magistrat erteilte Antwort inhaltlich von allen Fraktionen getragen wird. Das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen. Der zweite Grund ist, es geht den Fragestellern nicht um die Antworten, sondern es geht ihnen um die Fragen. Es geht schlichtweg darum, so viel Sand in das Getriebe einer Verwaltung zu streuen, bis deren Räder still stehen. Und das, meine Damen und Herren, das wäre ein Missbrauch parlamentarischer Rechte. Ich appelliere daher an alle in diesem Haus, bei der Ausübung ihrer Informationsrechte mehr auf die Sachlichkeit zu achten, mehr Sachlichkeit walten zu lassen und die Verwaltung nicht mit unnötigen Fragen zu überfordern.

Zum Schluss möchte ich noch auf zwei Mitglieder des Magistrats zu sprechen kommen. Namens der FDP-Fraktion darf ich mich ganz herzlich bei dem Kämmerer Herrn Dr. Volker Kölb bedanken. Sie haben auf der einen Seite die Gelder zusammengehalten und sind den Begehrlichkeiten, nicht nur der Opposition, beharrlich entgegengetreten, auch oft zu unserem Leidwesen, waren aber auf der anderen Seite für die

notwendigen Investitionen in Gießen immer offen. Für diesen wirklich gut gemachten Job gebührt Ihnen unser Dank.

Schließlich dankt die FDP dem bisherigen Kulturdezernenten Dr. Reinhard Kaufmann. Lieber Reinhard, Du hast als ehrenamtlicher Dezernent mit einem „Fulltimejob“ unermüdlich dafür gesorgt, dass sich Gießen wieder mit Recht „Kulturstadt an der Lahn“ nennen darf. Du hast diesen Begriff mit Leben erfüllt und dafür auch unser herzlichster Dank.

Ihnen meine Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

jetzt brennt es mir natürlich wahnsinnig unter den Nägeln und auf der Zunge, auf das, was hier von der Opposition gesagt worden ist, zu antworten. Aber leider, ich nutze das ja schon immer aus, heute muss ich Ihnen das leider ersparen. Ich habe mir ein Manuskript gemacht und das möchte ich vortragen. Ich glaube, ich gehe auf fast alle Dinge direkt oder indirekt ein.

Meine Damen und Herren, mir kommt es so vor, als hätte ich gerade erst die Rede zum Haushalt 2008 gehalten. Wie kann ein Jahr so schnell verfliegen sein? Man sagt ja, das hätte etwas mit dem Alter zu tun. Ich glaube dies nicht, zumindest in diesem Fall. Ich glaube es ist eher das Alter der Koalitionsehe, um in diesem ausdrucksvollen Vergleich zu bleiben. Nicht das ich ein schnelllebiger Mensch bin und unsere reibungslos verlaufende Vernunft- Ehe Langeweile aufkommen ließe. Nein, ich glaube die Zeit vergeht so schnell, weil die Lebensabschnittsgemeinschaft so gut funktioniert. Das vergangene Jahr konnten wir uns endlich gut mit unseren eigentlichen Aufgaben beschäftigen, so wie wir es versprochen hatten. Im vergangenen Jahr waren Nebenbuhler und Konkurrenten in Gestalt verflossener und daher eifersüchtiger Partner und auch in Gestalt beleidigter und zorniger Familien-, sprich grüner Parteiangehöriger, viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt und abgelenkt durch unromantische, nur durch dritte geduldete, Partnerschaftsabschlussversuche auf Landesebene. Plötzlich wollte keiner mehr eine scheinbar zu progressive Duldungsbeziehung. Man entschied sich für eine solide bürgerliche Partnerschaft. Aber was hat das mit der politischen Arbeit hier in Gießen zu tun? Weiß man's? Interessiert das neue Landesfürstenpaar Koch/Hahn die bäuerliche Verwandtschaft in der Provinz, die sich zudem mit einem artfremden Partner eingelassen hat? Werden auf der anderen Seite die Versmähten und Ausgestoßenen und vom Schicksal Gezeichneten nicht aufbegehren? Da können die acht aufrechten grünen Männlein und Weiblein im friedlichen Gießen plötzlich im Worthagel zwischen sich profilierenden neuen

Machthabern und auf der anderen Seite wieder Stärke sammelnden Rekonvaleszenten kommen und ganz alleine im Regen stehen.

Zurück zum politischen Gießener Ehe-Alltag, der übrigens nie langweilig sein wird, da wir, im übertragenen Sinne natürlich, zwar den Tisch, aber nicht das Bett teilen. Wir machen unserer Arbeit gut. Früchte sind zu erkennen. Keine Sorgen, meine Damen und Herren, ich werde jetzt weder prosaisch, noch werde ich alle unsere Errungenschaften und Erfolge aufzählen, so wie ich es vor einem Jahr getan habe. Ist abgehakt. Für mich und sicher auch für manche in meiner Fraktion, aber vielleicht auch in den Fraktionen der Koalitionspartner, ist auf Grund des Erreichten und vielleicht auch auf Grund der Landespolitik, der Moment gekommen, in dem man inne hält und nachdenklich wird. Da kann man einiges kritisch, aber auch selbstkritisch betrachten. Die 3 Fraktionsvorsitzenden stellen die Partnerschaft auf jeden Fall nach außen fast schon harmonisch dar. Das Bild wird eigentlich nur von der gelegentlich zerstrittenen nahen Verwandtschaft des großen Partners gestört. Aber auch damit lässt sich umgehen. Aber was ist aus den Jugendträumen, den ökologischen Visionen geworden? Die autofreie Stadt, die dezentrale Energieversorgung, ganze Stadtviertel mit Passivhäusern so weit das Auge reicht. Zurück in die Realität. Wir Grüne haben zwar in Hessen und speziell in Gießen ein hervorragendes Wahlergebnis erreicht. Aber die absolute Mehrheit, um diese Visionen umzusetzen, haben wir nicht erreicht. Was wohl keiner erwartet hat und was wohl auch nie sein kann. Wir standen und stehen weiterhin auf beiden Füßen der realpolitischen Welt. Wünschenswertes versus Machbarem. Das letztere gilt es zu erreichen. Aus pragmatischen Gründen nicht gegen die Koalitionspartner, aus ideologischen Gründen nicht gegen die Oppositionsparteien, sondern für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Dies verlangt Augenmaß, das verlangt Offenheit und Glaubwürdigkeit. Fehlen des letzteren war für viele bei der vergangenen Wahl der Grund anders zu wählen, oder leider gar nicht an die Wahlurne zu gehen. Wie so oft in der Politik: Wer jetzt im Glashaus sitzt, hätte damals nicht mit Steinen werfen sollen. Hybris kommt vor dem Fall. Was hat man uns Grünen in dieser Koalition in Bezug auf Glaubwürdigkeit alles entgegengeworfen. Was ist übrig geblieben? Nichts! Eine Grundvoraussetzung zur Umsetzung von Zielen ist eine Regierung. Dies beweisen wir in Gießen, und auch wenn alle beteiligten Fraktionen immer wieder Parteifreunden und Anhängern erklären mussten: Was nutzt eine scheinbar ideologisch passende, aber unsichere Mehrheit wie es letztes Jahr bewiesen wurde und wir es hätten - Gerhard Merz, jetzt ist er rausgegangen, hat es angedeutet, - 2006 hätten erleben können. Bei gutem Willen und Kompromissbereitschaft, die ich unseren Koalitionspartnern bescheinigen muss und will, ich hoffe natürlich auch umgekehrt, können die Beteiligten vieles, nämlich zumindest das Machbare gestalten. Aus der Opposition heraus ist dies nur schwer möglich. Nichts desto trotz kann jeder/jede Einzelne aus unserem grünen Umfeld sich ökologisch und in sozialer Verantwortung in extenso ausleben. Davon ausgehend, dass Mann/Frau als Einzelperson auch vieles erreichen kann.

In der parlamentarischen Opposition zu sein, hat auch oft einen Nachteil. Das wurde ja so schön von Frau Sator im Einzelnen eben ausgeführt, nämlich dass Sie Opposition um der Opposition Willen führt und damit unglaubwürdig werden.

Da wären wir wieder beim Haushalt 2009. An einigen Beispielen will ich dies deutlich machen. Wie einige, inhaltlich nicht immer per se abzulehnende, vor allen Dingen der Abänderungsliste des Magistrats, Anträge, aber doch in ihrem Ausmaß, aber oft auch schon im Ansatz uns, die Regierungsparteien, nicht in einen tatsächlichen oder moralischen Handlungszwang bringen. Die Anträge im Sozialbereich, die auf Stellenerweiterung und Zuschüsse abzielen, sind nicht neu und werden jedes Jahr, wie auch diesmal, wiederholt. Aber nicht weil in diesen Bereichen nichts getan worden wäre, sondern um zu zeigen, dass man auch noch da ist. Das müssen Sie natürlich als Opposition. Aber seit Bestehen dieser Koalition haben wir in diesem Bereich Schritt für Schritt, und sie kennen ja meine Devise, Verbesserungen erreicht. Sowohl formal - Stellenausweitung - als auch und vor allem inhaltlich qualitativ. Zum Beispiel durch Entlastung der Erzieherinnen durch niedrigschwellige Erziehungsberatung, Elternkurse, Supervision, projektgebundene Mittel, Fortbildung usw., usw.. Auch erwarten wir vor Mittelzuweisung, nach dem Gießkannenprinzip, in allen Bereichen inhaltliche Konzepte, um die Mittel gezielt und damit effektiv einzusetzen. Politik neigt da zu Themen, die manchmal scheinbar unvorhergesehen die gesamte Bevölkerung aufschreien lassen, auch im Sinne von Ängsten, hektisch und kopflos in einen blinden Hyperaktionismus zu verfallen. Beispiel habe wir genügend. Aktuelles und bestes Beispiel ist eben der Klimawandel und eben aus dem Sozialbereich das Thema „Verwahrlosung von Kindern“. Als wenn uns die Probleme nicht schon längst bekannt waren, es aber mitunter, aber auch gezielt und wissentlich verdrängt wird. Ich werde es an dieser Stelle auch nicht leid, auch wenn ich es in jeder Haushaltsrede sage, auf die Bedeutung der Prävention hinzuweisen. Handeln, wenn das Kind nicht schon in den Brunnen gefallen ist. Nicht an Symptomen herumdoktern, kausal aktiv werden. Das heißt, Ursache ermitteln und wenn möglich beheben. Das gilt genauso für die in der Verantwortung stehenden, insbesondere natürlich für Politikerinnen und Politiker. Eigentlich auch für Entscheidungsträger in der Wirtschaft, aber das war ja wohl nichts, als auch meines Erachtens insbesondere auch für jeden Einzelnen, was offensichtlich nicht immer ganz einfach ist. Es ist eigentlich überflüssig, aber auf die mit Sicherheit einzusparenden Kosten möchte ich doch noch einmal hinweisen. Auch wenn es sich erst in der nächsten Legislaturperiode oder in der nächsten Generation bemerkbar macht, und das eben macht die Prävention in unserer schnelllebigen Zeit leider so unattraktiv. Da wären wir schon wieder beim Haushalt. Meine Damen und Herren, das ist eine Politik der Nachhaltigkeit. Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen, defizitärer Staatskassen und der Abwägung verschiedenster, sich oft schnell ändernder Interessen in der Bevölkerung, behalten wir unsere Ziele langfristig im Auge. Wir lassen uns durch populistische Anträge mit fragwürdiger Realisierungswahrscheinlichkeit und durch oft nur auf Unterstellungen beruhende Diskussionen von unserem Weg der Kontinuität, unabhängig von Tagessensationen, unter Einschätzung der Machbarkeit nicht abbringen. Das Spielchen mit uns, Hase und Igel, das haben wir schon längst abgelegt.

Opposition kann aber auch so schön sein. Keine Entscheidungen treffen, die in Verwaltungshandeln umgesetzt werden müssen. In flammenden Reden kann man haarscharf an der Wirklichkeit entlang, oder auch vorbei, das Getane je nach Typus temperamentvoll, polemisch oder auch ganz langweilig kritisieren. Wenn das aus inhaltlich prinzipiellen Gründen geschieht, ist das völlig in Ordnung. Dann setzen wir uns sachlich damit auseinander, die Grundlage jeglicher politischen Arbeit. Der andere Weg Opposition zu machen, sind Anträge, die zeigen sollen, was die Koalition bzw. der Magistrat alles nicht, bzw. falsch macht. Auch hier kann es berechtigte Anlässe geben. Oft sind es, und hier meine ich vor allem die Vertreter einer sehr inhomogenen Fraktion, aber nur riesig polemisch aufgeblasene, polemisch und unsachlich geführte Diskussionen. In Gießen wird dann gerne den Vertretern der Koalition ein mangelndes Demokratieverständnis unterstellt und das von einer Partei, die sich jüngst schweren Vorwürfen einiger Mitglieder ausgesetzt hat, genau dies eben nicht zu haben! „Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?“ Und jetzt ärgere ich Sie doppelt, das ist aus dem neuen Testament, Bergpredigt. Das historische, also DDR, SED, Stasi usw. lasse ich einmal ganz weg. Jede/jeder soll die Chance des Neuanfangs haben. Ein anderes Thema haben Sie für sich entdeckt, weil zum Glück inzwischen alle davon reden. Sie wollen glaubend machen, dass Sie die neue Gralshüter der ökologischen Bewegung sind. Vorhin haben wir es ja wieder gehört. Vor allem natürlich auch in Gießen, weil dort die Grünen eine so schändliche Liaison, wir haben es uns ja noch mal sagen lassen, eingegangen sind. Ihr diesbezügliches Konzept ging weder in Hessen, noch heruntergebrochen auf Gießen auf, noch wird es auf Bundesebene aufgehen. Die Enttarnung beginnt. Und das Wildern bei Grünen Wählerinnen und Wählern gelang Ihnen nur anfänglich und auch nur ansatzweise. Wie ich schon immer gesagt habe, so denken inzwischen auch viele potenziell wählende: Lieber ein linker Grüner, als ein grüner Linker. Plagiate sind nicht langlebig. Und den Satz mit den kurzen Beinen, den lasse ich jetzt mal weg.

Zwischenruf **Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion:

„Lieber ein Haus im Grünen, als einen Grünen im Haus.“

Stv. Dr. Deetjen:

Da haben Sie aber Pech gehabt Herr Beltz, ich hätte lieber: Grüner ohne Haus. Haushalt - der eine will da etwas mehr Kultur, die andere dort. Der eine möchte dieses Baudenkmal erhalten, der andere jenes. Das ist Geschmacksache, nichts Parteipolitisches. Da wir gerade bei Kultur sind. In 2009 erhalten die BürgerInnen der Stadt Gießen ihr neues Kulturrathaus. Nur so viel dazu: Ja, es hat einiges gekostet und kostet es noch. Die Schulden sind hoch, werden aber kurzfristig abbezahlt werden. Den Bau des Rathauses kann man jetzt in ganz anderem Licht sehen. Waren wir nicht unserer Zeit voraus? Investitionsprogramme werden bundesweit aufgelegt. Die Wirtschaft soll angekurbelt werden mit sinnvollen kommunalen

Investitionsbauprogrammen. In dem neuen Rathaus haben wir auch im Bereich energiesparender Maßnahmen investiert. Direkt durch ein neues Gebäude, mit hohen energetischen Standart, leider keine Passivhaus, siehe Wünschenswertes und Machbares. Indirekt durch Zusammenlegung vieler Ämter in zentraler Lage mit guter fußläufiger-, Fahrrad- und ÖPNV-Anbindung. Die Kreisbehörde, ist glaube ich, ein negativ Beispiel. Nebenbei war es dabei auch eine Investition im sozialen wie auch im Kultur- und Bildungsbereich. Hierzu auch noch eine Bemerkung in Richtung der SPD. Sie hatten unlängst das Thema Bauen in diesem, also Baukultur, Zusammenhang und in anderen zur Sprache gebracht und hatten Fachleute sprechen lassen. Dazu nur ein Zitat vom Deutschen Städtetag. „Baukultur beschreibt die Gesamtheit aller die Qualität der bebauten Umwelt beeinflussenden ökonomischen, technischen, sozialen und ökologischen Aspekte“. All diesen ist mit dem Rathaus Rechnung getragen worden.

Stadtentwicklung: Wieder begleiten uns viele Anträge von Seiten der Opposition, einschließlich FW und Bürgerliste, zu diesem Thema. Da will besonders einer zeigen, das der Magistrat sowieso nichts von Vermarktung von Immobilien versteht, die zuständigen Ämter nicht kalkulieren können. Zur Strafe müssen sie zwar nicht 50 mal schreiben: „Ich wünsche mir aus tiefster Überzeugung einen Wirtschaftsdezerneten der FW“, aber dafür alle größeren Baumaßnahmen der letzten 5 Jahre fein säuberlich mit Kalkulation und Abschlussrechnung auflisten. Da ein Teil der Akten sicherlich in einem fensterlosen Keller steht, hätte das tatsächlich schon Ähnlichkeit mit einem verschärften Strafvollzug gehabt. Getoppt wurde das aber noch von den letzten Vertretern der Demokratie die behaupteten, die Ablehnung eines solchen Antrages sei „demokratiefeindlich“. Nun wieder im Ernst, meine Damen und Herren. Was hat sich alleine im letzten Jahr hier getan im Bau- und Planungsbereich. Auch hier erspare ich mir Details. Das wird wahrscheinlich mein Nachredner noch tun. Damit streben wir an, soweit es im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung möglich ist, durch eine hochwertige Infrastruktur die Attraktivität der Stadt zu steigern, sie lebenswert und zukunftsfähig zu machen. Denn unisono sagen alle Kämmerer, wie auch unser scheidender und jetzt, nicht weil wir so bürgerlich artig sind als Grüne, Herr Dr. Kölb, möchte ich mich an dieser Stelle auch noch einmal im Namen meiner Fraktion ganz recht herzlich bei Ihnen und bei der gesamten Kämmerei bedanken. Vielen Dank.

Was sagen die Kämmerer also, wie unser Kämmerer es auch gesagt hat? Die defizitäre Situation einer Gemeinde kann langfristig nur auf der Einnahmenseite verbessert werden, also durch Ansiedlung von Industrie, Gewerbe und Dienstleistung und natürlich gut verdienender Bevölkerung. Heutzutage sollte eine vernünftige Stadtentwicklung auch den Forderungen an den Klimaschutz gerecht werden. Dies geschieht. Energieversorgung in einem umfangreichen und weiterhin zunehmenden Maße über Fernwärme. Stärkung der Innenstadt. Stadt der kurzen Wege. Beplanung und erste Konzepte der Nutzung der Konversionsflächen. Schließung von Baulücken, überall können Sie es in Gießen sehen. Verbesserung des ÖPNV. Nachtverkehrsbusangebot am Wochenende. Verbesserung der Situation für RadfahrerInnen, die noch besser werden kann und wird. Aber keine übermäßiger Ausbau von Straßen, die natürlich auch zur Infrastruktur gehören. Nur notwendige und

grundhafte Erneuerung von wichtigen Straßen, wobei dies für die Philosophenstraße in unseren Augen zu relativieren ist. In den Ausgaben für Straßenbau steckt aber auch die Aufwertung der Fußgängerzone, die ja eine ganze Menge Geld kostet. Da ist nichts mehr von in Beton gegossener Stadtentwicklung. Und keine einseitige, den motorisierten Individualverkehr bevorzugenden Baupolitik. Die Sanierung von Schulen, natürlich verbunden mit energiesparenden Maßnahmen, ist mit über 7 Millionen im Haushalt veranschlagt. Hier wird sich hoffentlich im Rahmen der Sonderförderprogramme noch einiges mehr tun. Und da waren die über das ganze Jahr hintropfende Anträge von allen Schulen, dessen Repräsentanten in der Stadtverordnetenversammlung sitzen, eher peinlich, denn wirklich zielführend. Da waren manche Forderungen für diese bestimmten Schulen eher belustigend, wie die Einrichtung eines Konvektomats, wohlgermerkt ohne das Fehlen des selbigen. Da wir gerade bei Sinnhaftigkeit von Anträgen sind, ein paar Beispiele des Gegenteils. Wenn man liest, dass Sonnensegel für Spielplätze oder Trinkbrunnen für Schulen gefordert werden, glaubt man, der Klimawandel hätte Deutschland klimatisch schon in die Sahelzone verwandelt. Oder die Übernahme der Kosten für eine Fotovoltaik-Anlage auf Gebäuden der Wohnbau, wo wir doch wissen, das die Nachfrage aus der Bevölkerung inzwischen größer ist als das Angebot, und eine Gemeinde bei leeren Kassen die öffentlich-private Partnerschaft zumindest in unkritischen Bereichen als eine sinnvolle Lösung ansieht, übrigens auch die Meinung der SPD. Um einer par exelance Oppositionspartei um ihrer selbst Willen. Die entbehren jeglichen konstruktiven Vorschlags, nur punktuell, Sensations- und Partikularinteressen geleitet, fast schon nicht mehr ernst zu nehmende Anträge eingebracht hat, ist es still geworden. Vielleicht ist der Alleindarstellerin dieser Partei klar geworden, dass man bei aufgreifen jeder Einzelkritik aus der Bevölkerung und deren Umsetzung in Anträge irgendwann niemand mehr weiß, für welche Ziele und Programme diese Partei eigentlich einsteht. Vielleicht ist sie deswegen vom Hyperaktionismus in die Agonie gefallen. Das gestehe ich Ihnen zu, jeder braucht mal eine Pause. Aus den oben genannten Gründen, und ich möchte zum Ende kommen, ich habe noch gar nichts gehört, meine Damen und Herren, gehen wir Grünen auch hier in Gießen in dieser Koalition, ungeachtet der landespolitischen Vorgaben mit neuen Kräfteverhältnissen und lokalen neuen Aspekten bei unseren Koalitionspartner, ungeachtet ihrer wahrscheinlich verzweifelten Anstrengungen, jetzt kommen Sie dran, der bitter geschlagenen wieder Stimmen aus unserem Lager zurückzuholen, Zitat TSG, unbeirrt unseren Weg. Wir werden gemeinsam mit unseren Koalitionspartner den eingeschlagenen Weg beibehalten. Die Ergebnisse unserer Politik, die ich heute nicht im Detail aufgezählt habe, geben uns Recht. Aber auch die Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung Gießens. Wenn wir nicht große Teile der Bevölkerung hinter uns hätten, wäre die Opposition in der Stadtverordnetenversammlung und vor allem die Opposition außerhalb des Parlamentes viel stärker und dauerhaft lauter zu hören, einschließlich Bürgerinitiativen. Das spricht für unserer ausgewogene Politik, in der wir durch konstruktive, kritische Diskussion innerhalb der Koalition, aber auch mit den Oppositionsparteien, das gestehen Sie mir hoffentlich zu, und nicht zuletzt mit der Bevölkerung, durch gemeinsame Entscheidungen zu gemeinsamen Verhältnissen, und das ist schließlich Kommunalpolitik, gestalten. Es ist eine ausgewogene,, Kompromisse suchende Politik.

Bedingt durch die Konstellation der Regierungsparteien und vielleicht auch ein wenig bedingt durch die Akteure selbst. Damit können wir, ohne Profilverlust, viele Bevölkerungsgruppen erreichen. Die Kleinarbeit für unsere Kommune ist unser Auftrag nicht, und seien sie ideologisch und tatsächlich noch so bedeutend. Studiengebühren, Gentechnik, Atomkraft und anderes mehr, da müssen für gewählte Vertreter der Stadtverordnetenversammlung eigene Interessen, aber leider auch Visionen, zurückstehen, so sehr ich und manch anderer aus unserer Fraktion oder der Koalition sich dies wünscht. Mit den Rahmenbedingungen der begrenzten finanziellen und personellen Mitteln, wir sind ja alle ehrenamtlich tätig, einem Großteil der BürgerInnen dieser Stadt gerecht zu werden. Wenn ich Weltanschauliches schon hinter die ergebnisorientierte kommunale Realpolitik stellen muss, dann aber nicht zugunsten einer Klientelpolitik. Da schließt sich der Kreis Wünschenswertes und Machbares in der Kommunalpolitik. Ich wollte niemanden belehren. Ich wollte mich auch nicht verteidigen. Wir müssen uns dem Wunsch, ich möchte fast schon sagen, der Sehnsucht der Menschen nach Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit in der Politik stellen. Ich behaupte nicht, dass ich, dass wir es schon umgesetzt haben. Daher hielt ich inne und machte so meine kritischen und selbstkritischen Beobachtungen. Das wünsche ich auch Ihnen.

Stv. Möller, CDU-Fraktion:

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wie vorhin auch am Rande mitbekommen, in der Tat, vieles ist schon traditionell. Traditionell ist unter anderem dass die größte Fraktion der Koalition den Vorteil hat, ganz zum Schluss zu reden. Der Vorteil ist auch, dass bis dahin schon ziemlich viel gesagt wurde, wenn auch nicht von jedem. Richtig ist auch, dass einiges falsch dargestellt wurde und das die eine oder der andere Rednerin/Redner den Auftritt nutzt um ein bisschen Vorwahlkampf zu machen. Das ist legitim und das sei jemanden auch gegönnt. Aber ich möchte trotz alle dem noch die Möglichkeit nutzen am Ende noch auf ein paar Eckdaten hinzuweisen und auf ein paar Erfolge dieser Koalitionsarbeit hinzuweisen und stelle das auch mal bewusst ganz vorne an. Ich danke natürlich nicht nur, wie mein Vorredner auch, unserem Stadtkämmerer Dr. Volker Kölb und den ihm zuarbeitenden Mitgliedern der Verwaltung. Am Ende werde ich es noch einmal anders herum aufbauen, speziell auf den Kämmerer, vorweg jetzt mal so im Allgemeinen. Aber ich danke auch der Koalition, beide haben es bereits angesprochen, denn richtig ist auch, diese Koalition arbeitet entgegen mancher Erwartung und entgegen mancher Hoffnung sehr gut zusammen. Wir sind in der Tat drei Partner die nicht miteinander verschmolzen wurden, sondern wo jeder sein Profil bewahren kann und ich glaube auch sagen zu können, auch in diesem Haushalt wieder, seine Gewichtung setzen kann, das ganze zu einem guten Ganzen für diese Stadt und für die Bürger in der Stadt im Ergebnis zuzu besichtigen ist. Wir haben tatsächlich, wie Herr Scherer das andeutete und sagte und wie es auch der Kämmerer in seiner Rede zum Einbringen des Haushaltes betont hat, auch wieder in diesem Jahr immens viel Geld eingestellt um diese Stadt baulich auf

Vordermann zu bringen. 40 Millionen Investition. An vielen, vielen Punkten in dieser Stadt, und da gibt es auch niemanden mehr der das leugnet und das bestreitet, haben wir diese Stadt vor allem im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen, der Baumaßnahmen und Bauunterhaltung, Lichtjahre davon weggebracht, wie wir sie 2001 übernommen haben. Es gibt als Beispiel, weil wir das früher immer gerne wiederholt haben, fast keine bedeutsame Straße mehr die im Originalzustand ist, so wie wir es 2001 betrachten mussten, bis auf die Licher Straße. Die Licher Straße ist übrig geblieben. Ich gebe zu,

Zwischenruf Stv. Schirmer - nicht verständlich -

Stv. Möller:

Ja Herr Schirmer, da haben Sie ja recht, ich habe das ja früher selbst beantragt, als ich noch in der Opposition war und bin damals verwiesen worden auf was auch immer und das ginge finanziell alles nicht, aber da komme ich gleich noch drauf. Richtig ist aber auch bei der Licher Straße, die Planungen laufen und richtig ist auch, durch diverse Investitions- und Konjunkturpakete bietet sich vielleicht die Möglichkeit dort schnell etwas zu tun, zu Beginnen, als der Haushalt es ansonsten hergäbe. Vor dem Hintergrund der Landesgartenschau kommt der Straße eine ganz besondere Bedeutung zu, denn wir alle wünschen uns viele Besucher und wenn die dem Schild an der Autobahnausfahrt Licher Straße folgen „Stadtmitte“, werden dort sehr viele genau auf dieser Straße in unserer Stadt hereinkommen. Deshalb liegt es uns am Herzen, dass wir das ganze auch angehen. Wir haben seit 2001 insgesamt über 169 Millionen Euro investiert. Das ist beachtlich für eine Stadt dieser Größenordnung, zeigt uns aber zugleich auch, in welchem Zustand diese Stadt nach der Vorgängerregierung dastand. 7,1 Millionen Euro in die Schulen. Niemand wird behaupten dürfen, dass wir die Schulen vernachlässigen: Herderschule, Theodor-Litt, Brüder-Gimm, Gießen-West. Wir haben, um das in einer Zahl auszudrücken, alleine in den Straßenbau, auch verstärkt in Radwege und was dazu kommt alles, 5,5 Millionen Euro im Haushalt. An dieser Stelle ist bemerkenswert erfreulich, dass das zumindest die größte Oppositionspartei mittlerweile zur Kenntnis nimmt und betont hat, dass in diesem Bereich viel gemacht wurde. Höre, Höre! Interessant, nach wie vielen Jahren das erste Mal ein Lob kommt, wenn auch nur an einer Stelle. Das zeigt wie viele Jahre wir noch weiter machen müssen, bis Ihnen vielleicht noch an mehreren Stellen ein Lob über die Lippen kommt. 5,1 Millionen alleine in die Innenstadt und die Stadtsanierung. Es gibt nicht viele in diesem Hause wahrscheinlich die das nicht für gut empfinden können. Bei einer Stadt die von der Struktur sehr besonders geprägt ist, durch eine florierende Innenstadt. Neuauflage von Sanierungsgebieten, Schanzenstraße. Der Beginn jetzt der Innenstadtsanierung im eigentlichen Bereich, im Fußgängerbereich. Mäusburg/Seltersweg hintenrum die Bahnhofstraße. Das sind alles Maßnahmen um das Herz dieser Stadt zu stärken und aber auch das was diese Stadt mit trägt weiter zu fördern und zu unterstützen. Das zeigt auch ein bisschen, die Zusammenarbeit zwischen den Initiativen und dem so oft gescholtenen Magistrat. 4 Millionen alleine die Kindergärten, auch hier tragen wir Rechnung der Entwicklung dieser Stadt, die wir

von Anfang an wollten im baulichen Bereich. Im Bereich Schlangenzahl und Marburger Straße.

Bei den Kindergärten fand ich vorhin den Vergleich von Kollegin Grabe-Bolz bemerkenswert. Das Sie die Stadt Gießen ausgerechnet mit der Stadt Staufenberg vergleichen. Das ist vor dem Hintergrund der Situation der Stadt Staufenberg schon beachtlich. Wir 426 Gemeinden und Städte im Land Hessen und Sie hätten sich irgend etwas aussuchen können, aber nicht ausgerechnet Staufenberg. Die dritthöchste verschuldete Gemeinde Hessens. Staufenberg um das mal zu erwähnen falls es nicht jeder mitbekommen hat, von 2001 bis 2005 die pro Kopf Verschuldung verdoppelt. Von 500 auf 1000 Euro. Hauptsächlich geschuldet auf einen gigantischen Personalapparat. Also wenn Sie das nächste Mal das in ein Verhältnis setzen wollen, suchen Sie sich eine Stadt aus, die das vielleicht etwas geschickter löst. - Täglich 1300 Zinsen bei Staufenberg, das muss ich noch sagen. Richtig ist natürlich, suggestiv auf dem Personaltableau im Bereich Jugend und Kinder zu erhöhen, was wir ja auch tun. Aber wir tun es vor dem Hintergrund der Haushaltsproblematik und vor dem Hintergrund dessen, was sie früher beachten mussten, jetzt nicht mehr beachten müssen, nämlich die Mahnungen des Regierungspräsidiums. Ober der neue RP das anders beurteilt als der alte wage ich zu bezweifeln. Den die Struktur des RPs ändert sich nicht und die Bewertung des RPs von Haushalten wird sich natürlich auch nicht ändern. Wir investieren u. a. über 300 000 € in die Spielplätze. 40 Millionen € Investitionen insgesamt auch in diesem Haushalt wieder. Meine Damen und Herren, ich finde die Stadt Gießen kann sich sehen lassen in der Entwicklung. Und wer ehrlich ist und wer vor allem mit Gießenern spricht, Exgießenern spricht, die jetzt außerhalb ihren Wohnsitz haben. Die jetzt gerade zwischen den Jahren, Weihnachten, Sylvester den Weg zurückfinden, sei es zum Elternhaus oder wohin auch immer, und durch die Stadt fahren, was viele ja auch gezielt machen und man mit ihnen spricht, der wird überrascht zur Kenntnis nehmen, dass jemand von außen betrachtet diese Stadt blühend, wachsend und gedeihend und sich verändernd empfindet, mehr als wir das vielleicht tun, die das jeden Tag sehen. Ein besseres Kompliment für die Arbeit hier in Gießen für die Stadtverordnetenversammlung aber auch für die Arbeit des Magistrates gibt es glaube ich nicht. Ein neutrales Urteil von Menschen die diese Stadt von früher kennen und jetzt zurückkommen und beobachten was sich hier alles bewegt. Ich denke mir auch das wird im neuen Haushalt wieder zum Ausdruck kommen. Wir haben über 52 Millionen Euro Personalkosten zu stemmen, das ist hauptsächlich auch geschuldet der Tarifsteigerung allgemein. Wir haben zu stemmen 22.8 Millionen Kreisumlage die sie dem Haushalt entnehmen können, das stemmt die Stadt zu den über 40 Millionen Euro Investitionen. Auf der Einnahmenseite sieht es allerdings sehr mau aus bei uns. Und auch das ist nicht neu, das gab es auch in dieser Art und Weise schon seit vielen Jahrzehnten in Gießen, seit dem die Struktur dieser Stadt sich grandios im negativen Sinne geändert hat. 33 Millionen Euro Schuldzuweisung von Land anstatt 26 Millionen mag das ein bisschen mildern. Aber um die Zahl zu nennen, wenn der Kämmerer von 26 Millionen € Gewerbesteuererinnahmen ausgeht, dann ist das noch vorsichtiger als im letzten Jahr. Natürlich ist das auch eine Hoffnung vor der allgemeinen Situation in der wir uns befinden - global mittlerweile muss man sagen. Aber das zeigt auch, dass diese Stadt völlig anders geprägt ist wie beispielsweise Marburg, von einer

vergleichbaren Größe, wo die Gewerbesteuereinnahmen im Dreistelligen Bereich liegen. Davon können wir nicht leben, davon können wir nicht zehren, damit können wir nicht rechnen. Die Stadt Gießen ist strukturell nach wie vor eine Dienstleistungs- und Behördenstadt, geprägt von einer sehr aktiven Innenstadt und von einem sehr aktiven Einzelhandel. Durch Fachhochschule, Bildungseinrichtungen, Universität, was auch immer. Alles wichtig für diese Stadt. Aber fast nichts dabei was vergleichbar mit richtigen Gewerbesteuerzahlern wie andere Städte sie haben. Die klassische Industrie in dieser Stadt, gibt es nicht mehr, da sage ich Ihnen nichts neues. Natürlich ist die Hoffnung da, ein bisschen mehr Gewerbe anzusiedeln. Die Zeiten der Industrieansiedlung dürfte vorbei sein. Nicht nur in Gießen. Das bedeutetet wir werden mit diesen Zahlen auch in diesem Haushalt hier leben lernen müssen und ich glaube gut zu wissen, das dieser Haushalt in seinem Entwurf genau diesem auch Rechnung trägt. Nun komme ich zu einem Punkt, das kann man sich ja fast schon jedes Jahr bei der Haushaltsrede, das was ich am Anfang bereits gesagt habe, traditionell schon quasi einbauen. Die Mähr von Schuldenständen, von Verschuldung von Entschuldung von Abbau von Schulden usw. und so fort. Meine Damen und Herren, ich betone es gerne noch einmal, auch wenn es heute nicht so ausgeprägt dargestellt wurde, vor der Stadt Lahn hat die Stadt Gießen 160 Millionen € Schulden gehabt. Nach der Stadt Lahn 191 Millionen €. Das ist die Stadt Lahn gewesen, das wissen wir alle. Jetzt kommt die Mähr Nr. 1 rot-grün hätte damals immens Schulden abgebaut. 19,5 Millionen ist ein toller Betrag das ist wohl wahr, Respekt, in 16 Jahren. Seit 2001 haben wir 19,5 Millionen € Schulden ebenfalls abgebaut, zusätzlich zu 3 Millionen € von dieser Koch-Geschichte, die wir mit zu Schultern hatten, aber nicht verursacht hatten. Das bedeutet, in nur 7 Jahren haben wir bereits mehr Schulden abgebaut in dieser Stadt, als Sie es in 16 Jahren schafften. Also lassen Sie das bitte mit diesem Vorwurf bei der nächsten Haushaltsrede.

Wir haben vor dem Hintergrund der vielen Investitionsmaßnahmen und Planungen die im Rahmen des Haushaltes Niederschlag gefunden haben, aber auch und nicht nur in diesem sondern auch in den nächsten Jahren gewaltige Herausforderungen die wir meistern werden müssen. Das Rathaus befindet sich im Endstadium. Wir wissen alle 2012 wird das Rathaus bezahlt sein. Wir werden einen neuen Wert in dieser Stadt haben, der im neuen Haushalt ja entsprechend auch Bedeutung hat, von ungefähr 70 Millionen Euro. Das bedeutet das Geld wird nicht verbraten und verpulvert, wir schaffen, wir bauen, wir erschaffen etwas für die nächsten Generationen in dieser Stadt mit einem beachtlichen Wert. Insofern sollte man das Rathaus etwas realistischer und sachlicher betrachten. Im übrigen habe ich auch das Gefühl, das die öffentliche Meinung im letzten Jahr etwas gekippt ist mit dem Fortschreiten dieses Vorhabens. Eine große Herausforderung wird das bereits beschlossene sein und das von der Landesregierung auch zugesicherte Modell oder Chance der Landesgartenschau. Das wird wie der Kämmerer zurecht sagte eine gigantische Herausforderung auch im physikalischen Sinne. Die zu meistern haben wir uns bereits gemeinsam über alle Fraktionen hinweg entschieden und das wollen wir auch unterstützen. Schon damals wurde gesagt, dass es zu Prioritätenverschiebungen kommen werden muss um das

ganze zu schultern. Aber wir sehen alle gemeinsam auch eine große Chance für die StadtKassettenende.

Wir haben im kommenden Jahr im Übrigen noch eine kleine Herausforderung, nämlich die Sanierung eines der wenigen fertig gestellten Bauvorhaben der rot/grünen Vorgängerregierung - das waren die alten Grünen Herr Dr. Deetjen, jetzt haben wir ja die neuen Grünen - nämlich die Sanierung des Parkhauses in der Lahnstraße mit sage und Schreibe damals einer Kostensteigerung von 200% für 24 Millionen DM gebaut. Soviel zum Thema Kostensteigerung und Planung. Für 2,3 Millionen müssen wir bereits investieren dort, erheblich. Weil substanziell an dem Haus etwas geschehen muss, damit es weiter genutzt werden kann. Nicht gut für Pendler, nicht gut für all die die das jeden Tag benutzen, das wird ohnehin noch viele Schwierigkeiten verursachen das quasi Etagenweise zu sperren und sanieren zu können. Der große Wert des Rathaus der bis 2012 bezahlt ist, und im übrigen auch das erwähne ich gerne zumindest noch einmal im Halbsatz zumindest, hätte dieser Stadt erspart bleiben können, wenn man frühzeitig an der Substanz die früher da war, Hand angelegt hätte. Ebenfalls eine Herausforderung wird es sein, das ist zu Recht angesprochen worden, das Angehen des Bahnhofsvorplatzes. Der Bahnhofsvorplatz befindet sich in den Zügen, dass wir eine komplett neue Planung auflegen müssen. Der Bahnhofsvorplatz gehört aber erst seit kurzem erst überhaupt der Stadt, dank des Engagements und der Arbeit des Magistrats in Verhandlungen mit der Bahn.

Damit möchte ich gerne zum Schluss kommen mit einem Hinweis auf den Magistrat. Meine Damen und Herren, diese Stadt entwickelt sich prächtig, und das tut sie nicht nur zuletzt auch deshalb, weil wir einen Magistrat haben, der jeder für seinen Bereich, in diesem Bereich für die Stadt arbeitet und das an entscheidenden Stellen auch zusammen. Gekrönt von dem Oberbürgermeister der so viel kritisiert wird, haben wir die Bürgermeisterin mit ihrem weiblichen Charme, die die Truppe eher verstärkt hat als im negativen Sinne. Wir haben Herrn Dr. Kölb der über Jahre hinweg bei allen Herausforderungen und bei allen immensen Investitionen, die Schulden im Blick behalten hat, den Haushalt im Griff gehalten hat und trotzdem immer ein offenes Ohr hatte für Investitionen. Und wir haben den, den die Sozialdemokraten momentan als den Übler von allem titulieren, den Stadtbaurat Rausch. Meine Damen und Herren, es dürfte in der Geschichte der Stadt Gießen schwer sein jemanden zu finden, der in so wenigen Jahren im Amt so viel bewegt hat wie Thomas Rausch. Ich finde bei allen Schwächen, die jeder von uns hat, solle man das bitte nicht vergessen, das ganze ins richtige Licht und in den richtigen Kontext stellen. Von daher solle man die Zusammensetzung des Magistrates mit dem ehrenamtlichen Dezernenten der nun bedauerlicherweise ausscheiden wird, Herr Dr. Kaufmann, als eine Erfolgsgeschichte sehen in den letzten 5 Jahren in dieser Stadt. Diese wollen wir fortsetzen, diese werden wir fortsetzen mit einer Koalition die Zusammenarbeiten kann, damit diese Stadt lebenswert bleibt, eine gute Zukunft hat, sich weiterhin in die richtige Richtung entwickelt, und Prioritäten dort hinsetzt, wo sie nötig sind. Meine Damen und Herren, wir bitten um Zustimmung für diesen Haushalt, auch wenn unsere Bitte in Richtung Opposition natürlich vergebens sein wird. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.